

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

**Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Oktober 2007

Anhang 4

Text 55.5

(Seiten 1 + 50 +2)

Max Leuchtenberg

Woran Weimar scheiterte

Schicksal oder Schuld?

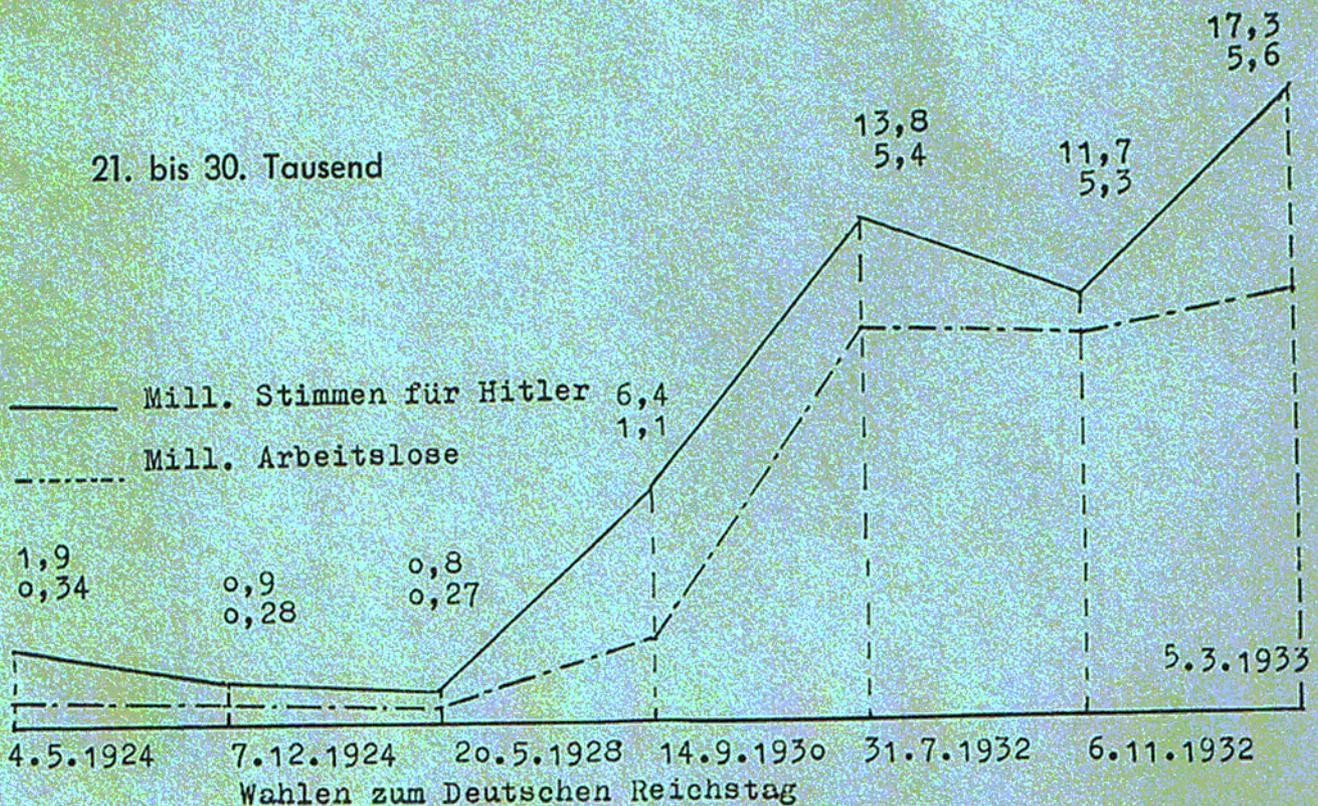
o.J.

Herausgeber: Freisoziale Union
Demokratische Mitte
jetzt
Humanwirtschaftspartei
Berlin

Max Leuchtenberg

WORAN WEIMAR SCHEITERTE

Schicksal
oder Schuld?



Die Schatten der unbewältigten Vergangenheit von „Weimar“ liegen über der verworrenen Gegenwart und einer unsicheren Zukunft.

In einer seiner ersten öffentlichen Ansprachen als neugewählter Bundespräsident sagte — in Berlin — Dr. Heinemann, die Weimarer Republik sei „nicht nur an der Arbeitslosigkeit“ gescheitert.

Wem wollte er damit dienen?

Die Frage lautet doch: Wäre Weimar ohne jene 7 Millionen gezählte Arbeitslose gescheitert?

Im Jahre 1928 hatte Hitlers NSDAP ganze 12 Abgeordnete im Deutschen Reichstag — trotz Reparationen, trotz Versailles und trotz der angeblich besonderen Anfälligkeit der Deutschen für „Nationalismus“! Ohne jene mörderische Arbeitslosigkeit hätte es jedenfalls kein klägliches Ende der Weimarer Republik und keine der schrecklichen Folgen dieses Endes gegeben.

Wer aber rief denn jene Arbeitslosigkeit hervor?

Mit welchen Mitteln wurde sie hervorgerufen?

Und waren die verantwortlichen Politiker von Weimar wirklich über die wahren Zusammenhänge völlig im Unklaren — oder versagten sie aus Feigheit?

*

Der ehemalige Bundesfinanzminister Franz Etzel schrieb in seinem Buche „Gutes Geld durch gute Politik“ 1959 S. 27:

„Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben... Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben. Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern — und das ist die Erkenntnis aus dieser Betrachtung — Wohlstand und Frieden.“

*

„Metall“, die Zeitschrift der IG Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 21. 2. 1953:

„Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.“

Golo Mann erklärte in „Radius“, einer Zeitschrift der Evangelischen Akademikerschaft Dezember 1959:

„Man kann nicht oft genug die einfache, klare Tatsache wiederholen, daß Hitler mit aller seiner Propaganda nicht vorwärtskam, vielmehr zurückging in den Jahren leidlicher Prosperität, daß der steile Aufstieg der Partei zeitlich zusammenfiel mit dem Aufstieg der Krise, der Arbeitslosigkeit, des allgemeinen wirtschaftlichen Ruins ...

*

Die Zeitschrift „Atlantis“ und später DIE WELT veröffentlichten im Jahre 1959 einen Beitrag von Sigismund von Radecki: „Als ob das immer so weiterginge“.

„Schon die monetarische Krise der Inflation von 1923 hatte mit ihrer Verbitterung und Verzweiflung die Nazis in Marsch gesetzt; jetzt tat die Wirtschaftskrise von 1930 das gleiche, aber in stärkerem Maße, weil der psychologische Widerstand von 1923 fehlte — man hatte den Glauben an die normale Wirtschaft und die normale Demokratie verloren. Ohne die Wirtschaftskrise wären die Nazis nie wieder hochgekommen; so hat also 1929 den Zweiten Weltkrieg mit herbeigeführt — eine fürchterliche Wirkung, wie sie noch kein Haussekrach je gehabt hat. 50 Millionen Leichen — die liegen so still, weil man 1929 auf der Börse so gestikuliert hat.

Lüge und Mord stehen ja stets in Verbindung...“

*

Daß die Weimarer Demokratie letzten Endes an der Wirtschaftskrise scheiterte, wird heute ernstlich kaum noch bestritten. Aber während man doch sonst übereifrig bemüht ist, durch Fahndung nach dem Schuldigen die Vergangenheit zu „bewältigen“, behauptet man hier, die damals Verantwortlichen hätten weder die Ursachen jener Krise, noch deren Urheber gekannt, noch die Maßnahmen zur Verhinderung jenes Wirtschaftsverbrechens gegen die Menschlichkeit.

*

Doch wagten es einige Männer, gegen diesen Strom zu schwimmen. Professor Dr. Baade, Kiel, schrieb am 2. 8. 1957 in DIE WELT:

„Alle Vorschläge und Programme für eine aktive Konjunkturpolitik wurden (von den Weimarer Parteien!) abgelehnt und die brachliegende Leistungskraft von 6 Millionen Arbeitslosen wurde dem Nationalsozialismus in die Hände gespielt.“

*

Und der ehemalige Gouverneur der Bank von England, Vincent Vickers, schrieb in seinem 1950 erschienenen Buche „Economic Tribulation“:

„Wo Zufriedenheit ist, kann es keinen Krieg geben, wo aber Unzufriedenheit herrscht, da werden auch Krieg und Kriegsgefahr bestehen bleiben. Die Finanzindustrie, die Börsenbankiers und die Börse werden durch das Auf und Ab der Wirtschaft reich, ja sie sind zum großen Teil sogar auf diese Wechselspiele der Konjunkturen und die Veränderungen des Warenpreisniveaus angewiesen, um daran zu profitieren.

Warum sind wir noch bereit, die Zukunft der Demokratie dem Einfluß jener wenigen Leute auszuliefern, die immer noch unser Kapital, unser Geld beherrschen: der internationalen Finanz? Das bestehende Geldsystem stand und steht noch immer dem Fortschritt und der Besserung der sozialen Verhältnisse im Wege; es verursacht allgemeine Unruhe und eine Neigung, durch Gewalt zu erreichen, was auf andere Weise nicht zu erreichen ist. Unsere demokratische Ordnung und das bisherige Finanz- und Geldwesen können nicht mehr zusammen bestehen bleiben. Eines muß darum dem anderen den Weg freigeben.“ Darum legte Vincent Vickers im Jahre 1919 die Leitung der Bank von England nieder und sagte deren Politik „Kampf bis zum Tode“ an.

*

In einem Aufsatz von Bernd Nellessen, „Als der Staat verramscht wurde“, den DIE WELT im Juli 1960 veröffentlichte und wo er behauptete, „Die Weimarer Republik war tot, e h e Hitler kam“, ist Nellessen „versucht, weniger von Schuld als von tragischer Befangenheit zu sprechen“. „Waren die Parteien, die so klanglos untergingen, nur wehrlose Opfer? Wer ihren Weg verfolgt, kann nicht daran vorbei, daß auch sie dem, der sie hängen sollte, den Weg bereitet haben.“ „Ob liberal, ob katholisch oder sozialistisch, ob demokratisch bis zuletzt — sie alle verhalfen Hitler zur Macht.“

„Dieser Staat war von seinen Parteien her krank bis ins Mark, ehe er Hitler in die Hände fiel.“

Das Zentrum (Vorläuferin der CDU) „handelt seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz mit kulturpolitischen Konzessionen Hitlers ein.“ „Der Bischof von Osnabrück sagt, die Bischöfe hätten schon längst den neuen Staat bejaht“!

„Ratlosigkeit und Hilflosigkeit! Als ob beides, je näher das Ende heranrückte, um so größer geworden sei, um dann schließlich im eigenen Zerfall zu enden, so zeigt sich die SPD, ein Trümmerfeld lange schon vor ihrem Verbot.“

„Zu glauben, heute hätte uns die Geschichte . . . nichts mehr zu sagen, wäre gefährlich naiv. Einen Staat haben wir zu Schrottpreisen verramscht; nun: wie weit sind wir mit unserer Lektion?“

Ja, wer hat diese Lektion begriffen? Die Lehre, die uns Weimar erteilt hat, daß alle politische Macht, die nicht wirtschaftlich fundiert ist, brüchig sein muß!?

Die Sozialisten und die Inflation

In der Zeit von 1918 bis 1933 kann man deutlich drei Perioden unterscheiden:

- 1918 bis 1923: Sozialismus und Inflation
- 1923 bis 1929' Rückkehr zum Golde
- 1929 bis 1932: Krise und Zusammenbruch

Der Sozialdemokrat Scheidemann erklärte 1918: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ In Wirklichkeit hatte dieses Volk zunächst einmal auf der ganzen Linie verloren. Gesiegt hatten die „Alliierten“, und auch das nur durch die Waffenhilfe der USA, deren Hohe Finanz ihre den Alliierten gewährten Anleihen gefährdet sah und, um diese zu retten, 100 000 junge amerikanische Soldaten opferte.

Nutznießer dieses Sieges — über das deutsche Volk — waren die Sozialisten. Ihnen wandte sich das Vertrauen jener Millionen zu, die an den „Sozialismus“ glaubten. Nun sagt man zwar leichthin, der Glaube könne Berge versetzen, aber blinder Glaube — oder Glauben an blinde Führer — kann ebenso in den Abgrund führen. Als es galt, den Sozialismus, den man jahrzehntelang den Massen gepredigt hatte, in die Tat umzusetzen, stellte sich heraus, daß niemand wußte, wie das zu bewerkstelligen sei.

Hierfür einige Zitate:

Karl Kautsky, „Die proletarische Revolution“ 1922:

„Die Probleme des Sozialismus erscheinen immer schwieriger und verwickelter, je näher wir ihnen rücken. So einfach liegen die Dinge nicht, wie viele von uns noch vor vier Jahren meinten.“

Ernst Heilmann, Mitglied des Reichstages und des Preußischen Landtages, schrieb als Redakteur des SPD-Organes „Freies Wort“ am 5. 4. 1931:

„Das ferne Ziel des Sozialismus ist — vom Standpunkt der Realpolitik aus gesehen — eine inhaltlose Forderung.“

Ernst Gumbel am 29. 9. 1931 in der „Leipziger Volkszeitung“:

„In keiner der sozialistischen Gruppierungen besteht auch nur der mindeste Ansatz über die technisch wirtschaftlichen Maßnahmen, welche zur Verwirklichung des Sozialismus erforderlich sind.“

Dr. Fritz Naphtali, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und dann maßgebender Wirtschaftsexperte und Leiter der „Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik“, von deren Gutachten der Parteivorstand der SPD seine Stellungnahme abhängig machte, am 25. Januar 1931 vor Funktionären der Metallarbeiter:

„Ich habe keine Vorstellung davon, was in Deutschland oder den modernen Industrieländern dem Zusammenbruche der kapitalistischen Wirtschaft in diesem Augenblicke folgen sollte.“

Daß der 1. Vorsitzende der SPD, Otto Wels, auf eine Frage erklärte: „Ich verstehe nichts von der Geldpolitik“, sei nur am Rande vermerkt. Während die Sozialisten eine Sozialisierungskommission einberiefen, die dann sang- und klanglos einschief, erzeugten andere nach 1918 jene mörderische Inflation, die das „siegreiche“ deutsche Volk an den Rand des Bürgerkrieges trieb.

Hierüber berichtete Fritz Tarnow, noch im Jahre 1931 Sprecher der SPD auf dem Parteitage in Leipzig, am 17. Oktober 1949 in der Zeitschrift des DGB „Welt der Arbeit“. Nach seiner Darstellung war „die Markentwertung gleich nach dem ersten Weltkrieg ausgebrochen“ (!), sie „verlief zunächst schleichend“, „stand still“, dann wurde sie „galoppierend“ — wie die Grippe! Statt die Notenpresse stillzulegen, setzte man einen besonderen Währungsausschuß ein, in welchem Tarnow „als Versuchsballon“ die „Berechnung der Löhne in Gold“ vorschlug.

Im Oktober 1923 befand sich nach Tarnows Darstellung „der Gewerkschaftsvorstand in düsterer Stimmung der Verzweiflung“. In einer Sitzung des SPD-Vorstandes mit den SPD-Mitgliedern des Reichskabinetts „herrschte die gleiche Ratlosigkeit“. Tarnow und Wissel gingen zu Stresemann, der „erschöpft und abgekämpft“ am Schreibtisch saß. Stresemann sagte zu Tarnow:

„Das Volk geht zugrunde, und hier sitzt eine Regierung, die auch nicht helfen kann. Wenn das Volk aufsteht und uns an die Laternenpfähle hängt — kann man ihm das verdenken?“

„Luther (Finanzminister) stürzte wie ein Gejagter ins Zimmer, rannte auf und ab und ließ sich mit einem Stöhnen der Erschöpfung in einen Sessel fallen.“ Er nannte die Gewerkschaftsführer „verbrecherisch, dumm und irrsinnig“ und meinte, „Stresemann verstehe nichts von der Währung“. Dann sprang er zur Tür und schlug sie krachend hinter sich zu. Und Tarnow und Wissel saßen — immer nach den eigenen Worten Tarnows! — „da wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind.“

Es entbehrt nicht der Komik, daß die Schriftleitung von „Metall“ diesen selben Tarnow als „gewerkschaftlichen Wortführer in wichtigen Wirtschaftsfragen“ bezeichnete, der „in dieser Eigenschaft großen Anteil hatte an der Währungsreform, die der ersten Nachkriegsinflation ein Ende setzte.“

Diese Inflation war in Wahrheit ein organisierter Volksbetrug, durch den die innere Verschuldung Deutschlands annulliert wurde (auf Kosten der Sparer!), um den Weg frei zu machen für die äußere Belastung durch den Dawes- und Young-Plan und die Auslandsanleihen. Dr. Hans Luther gab auf der Londoner Konferenz 1924 die Erklärung ab, daß Deutschland durch die Inflation seine innere Schuld getilgt habe. Darauf erklärte General Dawes, da Deutschland seine innere Schuld gestrichen habe, könne man ihm auch höhere Lasten auferlegen, andernfalls hätte man weniger nehmen können.

Die goldenen zwanziger Jahre

Nachdem das mit der Inflation erstrebte Ziel, die Enteignung der Sparer, erreicht worden war, wurde eine stabile Währung in Form der Rentenmark geschaffen.

Die Rentenmark war eine deckungsfreie Papiermark, die eine Währungspolitik unabhängig von allen internationalen Währungsspekulationen ermöglicht hätte und deren Kaufkraft stabil erhalten werden konnte, solange die Kapitalrente hoch genug war, um den Geldumlauf zu sichern. Mit Hilfe der Rentenmark hätte die Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 vermieden werden können.

Im Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1924 hieß es: „Die Gesundheit (der deutschen Währung!) war durch die Einführung der Rentenmark bereits herbeigeführt worden.“

Und wiederum waren es die politischen Führer der Weimarer Demokratie, die diese Gesundheit zumindest fahrlässig vernichteten.

Ihr Ratgeber bzw. Befehlshaber war niemand anders als Dr. Hjalmar Horace Greely Schacht, dem (nach seinem Buche „Die Stabilisierung der

Mark", S. 94), „die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, so absurd“ erschien, daß er „nur noch einen einzigen Gedanken“ hatte: „in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde“.

Dieser „einzige Gedanke“ stimmt nachdenklich, wenn man mit ihm die Äußerung seines Kollegen Josiah Stamp, Gouverneur der Bank of England, vergleicht, der zur selben Zeit schrieb: „Was wird eintreten . . . wenn die europäischen Länder auf irgendeine Weise die Kunst lernen, auch ohne ausreichende Golddeckung ihr wirtschaftliches Gleichgewicht zu halten? . . . Dann wird alles Gold, das man jetzt so ängstlich thesauriert, um seine Entwertung zu vermeiden (!), einen großen Teil dieses Wertes dauernd verloren haben, weil die Welt gelernt hat, einen der Hauptverwendungszwecke auszuschalten.“

Die Rentenmark mußte verschwinden, weil sie der internationalen Goldspekulation gefährlich war. Nur der Interessen diente die Wiedereinführung der Goldwährung durch das Reichsbankgesetz vom 30. August 1924, welches von Ebert (SPD), Hamm und Dr. Luther (Reichsfinanzministerium) erlassen wurde und den Weg freimachte für den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie im Jahre 1933. Für das Linsengericht einer 800-Millionen-Goldanleihe wurde die wirtschaftliche Unabhängigkeit des deutschen Volkes verschachert.

Die Unterschrift des Sozialdemokraten Ebert unter ein Gesetz, welches das Schicksal der Weimarer Demokratie besiegelte, verwundert nicht, wenn man die Worte des Sozialdemokraten Benedikt Kautsky in der Einleitung zur Kröner-Ausgabe von Marx' „Kapital“ liest: „Die Anlehnung an das Gold . . . ist die praktische Anerkennung der Marxschen Geld- und damit seiner Arbeitswerttheorie, weil durch sie zum Ausdruck gebracht wird, daß das Gold als das „Maß der Werte“ anzusehen ist.“

Wenn man dies in Beziehung setzt zu dem Eingeständnis von Stamp, daß es sich in Wirklichkeit nur darum handelt, die Interessen der internationalen Goldspekulanten und Goldminenaktionäre zu sichern, kann man hier wirklich von einer „roten Garde vor Mammons Thron“ sprechen. Indem sich die Weimarer Politiker freiwillig unter das goldene Joch beugten, verschuldeten sie selber den Untergang der Weimarer Demokratie.

Die endgültige Festlegung Deutschlands an das goldene Würgeband erfolgte durch den sogenannten Young-Plan. Dort wurde mit Zustimmung der deutschen Vertreter, auch des Sozialdemokraten Robert Schmid, festgesetzt, daß „die Deutsche Regierung sich verpflichtet, daß die Reichsmark . . . in Gold und Devisen einlösbar ist und bleibt.“ Und zwar „unter allen Umständen“. Die Wertsicherungsklausel des Dawesplanes, die bei einer Preissenkung eine entsprechende Herabsetzung der nominellen Verpflichtungen Deutschlands ermöglichte, wurde im Youngplan „vergessen“. Bei einer Wertsteigerung des Goldes mußte also einmal die Last der Tributverpflichtungen steigen — zum anderen aber zwang die Einlösepflicht die Reichsbank in diesem Falle zu einer Verminderung der Geldmenge und damit zur Drosselung der deutschen Wirtschaft.

Als Deutschland unterentwickelt war

„Unterentwickelt“ sind jene Länder, in denen eine Kapitalanlage noch „reizvoll“, weil hochverzinslich ist. Einen solch „reizvollen“ Zustand vermag man künstlich durch eine Kapitalvernichtung größeren Umfanges herbeizuführen. Dies war in Deutschland während des 1. Weltkrieges und mit Hilfe der Inflation geschehen.

Während dies in Deutschland geschah, rief man in den USA eine „Prosperity“, heute „Wirtschaftswunder“ genannt, hervor. Durch eine annähernd richtige Versorgung der amerikanischen Wirtschaft mit umlaufenden Zahlungsmitteln kam es zu einer langandauernden Vollbeschäftigung, zu steigendem Wohlstand und infolgedessen zu einem Sinken der Kapitalrente. Da nirgendwo in der Welt ein „Weltfeind Nr. 1“ sichtbar war, gegen den man rüsten und auf diese Weise den Druck auf die Kapitalrente vermindern konnte, blieb als einzige Möglichkeit der Kapitalexport in „unterentwickelte“ Gebiete. Als solches kam vor allem Deutschland in Frage.

Vergeblich warnte Silvio Gesell: Die Hilfe dieses Auslandes wird stets nur die Hilfe eines Wucherers sein. Regierung, Parteien, Gewerkschaften erhoben einmütig den Ruf: Laßt Auslandsanleihen herein! Reich, Städte, Länder und Betriebe nahmen insgesamt 1 430 525 000 Dollar Auslandsanleihen auf. Im Finanzausschuß des amerikanischen Senates hat man später führende Bankiers verhört, um festzustellen, mit welchen Methoden diese Anleihen zustande kamen.

Die amerikanischen Großbanken schickten demnach regelrechte Geschäftsreisende nach Europa, „Promoters“ (Förderer) genannt, die „auf Provision“ reisten und Anleihen anboten wie andere Vertreter Staubsauger.

Senator Johnson sagte zu Henry Breck, Teilhaber der Bank J. W. Seligmann & Co.: „Das heißt, es waren da Vermittler, die diese großen Anleihen an Deutschland beschafften und daraus eine Provision von den Bankiers erhielten?“

Breck erwiderte: „Das würde mich nicht wundern, ich denke, das ist der ganz normale Weg.“

Zu Frederic Strauß, Teilhaber von Seligmann & Co., sagte Senator Johnson: „Nach Ihren Beobachtungen waren in den letzten Jahren alle, die dieselbe Art von Geschäften betrieben wie Sie, ganz toll in ihrer Sucht, Bonds zu ergattern und sie an das amerikanische Publikum zu verkaufen?“

Strauß: „Ich würde vielleicht den Ausdruck abschwächen . . . Wir animierten.“

Die amerikanischen Banken zeichneten keineswegs selbst diese Anleihen, sondern verkauften sie sofort wieder und strichen lediglich die enormen Provisionen ein.

Senator Conolay fragte den bekannten Charles Mitchell von der National City: „In bezug auf ausländische Bonds sind Sie wie der Kneipwirt, der niemals trank. Sein Whisky war zum Verkaufen gemacht, nicht zum Trinken.“ Mitchell erwiderte ungerührt: „In bezug auf Bonds im allgemeinen sind wir Kaufleute.“

Angesichts der heutigen „Entwicklungs“-Politik dürften diese Zusammenhänge von besonderem Interesse sein!

Der Ausbruch der Wirtschaftskrise und der Aufstieg Hitlers

„Die große Krise von 1929 fiel den größten Autoritäten der Wirtschaftspraxis und -Theorie wie ein Ziegelstein auf den Kopf.“
Ausspruch von Professor Wilhelm Grotkopp

Die sogenannte Weltwirtschaftskrise wurde im Jahre 1929 in den USA ausgelöst. Dort hatte die jahrelange Prosperity die Kapitalrente so stark gesenkt, daß der Geldumlauf nur noch mit Hilfe geldtechnischer Mittel hätte aufrechterhalten werden können. Dann wäre, um ein Wort des sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikers Naphtali zu zitieren, die Kapitalrente (der Zins) infolge eines „Überangebotes von Kapital“ verschwunden, d. h. die Kapital-

rentner wären „eines sanften Todes gestorben“ (so Keynes!). Diese wehrten sich durch einen Geldrückzug, der sich — wie bei einem Steinwurf in unterkühltes Wasser — panikartig fortsetzte und eine Deflationswelle hervorrief, die sich über die festgehaltenen Wechselkurse über alle Goldwährungsländer, insbesondere auch nach Deutschland, fortsetzte.

Die Verminderung der umlaufenden Geldmenge bewirkte eine allgemeine Preissenkung, die Erwartung fallender Preise lähmte den Absatz und rückwirkend die Erzeugung. Lawinenartig schwoll die Zahl der Konkurse und der Arbeitslosen an.

Daß die Krise keine „Katastrophe“ war, die vom Himmel kam, geht aus „dem merkwürdigen Ausspruch des klugen Auslandsbankiers Dr. Felix Somary (Zürich)“ hervor, der laut Berliner Tageblatt vom 13. August 1932, schon vor dem 19. März 1932 „im vertraulichen Kreise gesagt hatte, die große Krise würde erst zu Ende gehen können, wenn u. a. der Kreuger-Konzern gestürzt sei.“

Am 7. 2. 1932 erklärte US-Präsident Hoover: „11½ Milliarden Dollar Bargeld sind dem Umlauf entzogen worden.“ Und der US-Bankier Leffingwell sagte: „Die Ausdehnung der Deflation entzog sich unserer Berechnung.“ (!)

Abkehr vom Goldstandard, Sicherung des Geldumlaufes und Stabilisierung des Preisniveaus hätten die Krise in wenigen Wochen beseitigt.

Diese Vorschläge wurden von allen maßgebenden Politikern der Weimarer Demokratie abgelehnt.

Auch das Anschwellen der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen konnte sie nicht veranlassen, wider den goldenen Stachel zu löcken. Sie zogen sogar selber an dem Deflationsstrick, mit dem die Weimarer Demokratie erwürgt wurde.

Wohlgemerkt! — es waren die Führer der großen Parteien!

Arbeitslosigkeit und Stimmen der NSDAP

Wahlen am	Arbeitslose	Stimmen	Sitze	%
4. 5. 1924	340 711	1 918 000	32	6,6
7. 12. 1924	282 645	908 000	14	3,0
20. 5. 1928	269 443	810 000	12	2,6
14. 9. 1930	1 061 570	6 407 000	107	18,3
31. 7. 1932	5 392 248	13 779 000	230	37,3
6. 11. 1932	5 355 428	11 737 000	196	33,1
5. 3. 1933	5 598 855	17 265 800	288	43,7

Bei dem Vergleiche dieser Zahlen miteinander offenbart sich in eindeutiger Weise, wie mit dem Wachsen der Krise den Nationalsozialisten die Macht in die Hände gespielt wurde.

Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit

Folgende Zitate aus der Zeit vor 1933 zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie diejenigen, denen damals das Schicksal der Weimarer Demokratie anvertraut war, mithalfen, sie wirtschaftlich zugrunde zu richten.

„Eines stand für alle Maßgeblichen alsbald unerschütterlich fest, daß eine möglichst sofortige Anpassung an den nunmehr noch tiefer gesunkenen Standard aller Weltpreise notwendig geworden.“

Dr. jur. Hermann Pünder, Staatssekretär Brünings.

„Alle diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen.“

Brüning im Rundfunk am 8. 12. 31.

„Alle Voraussetzungen einer stabilen Währung sind gegeben. Der Lebenshaltungsindex ist von 156 auf 131 gesunken und wird demnächst noch weiter sinken.“

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich im „Heimatdienst“

„Wir müssen die Staatsgewalt zwingen, den Weg der Preissenkung rücksichtslos zu Ende zu gehen.“

Dr. Paul Hertz (MdR/SPD), am 13. 12. 31 in Bremen.

„Alles hängt davon ab, die Preissenkung umfassend und tief auf der ganzen Linie zu erzwingen.“

Eggers, ADGB, am 17. 12. 31.

„Deflation ist doch nichts anderes als ein Kind der Rationalisierung, die ein Überangebot von Waren erzeugt hat. Oder, anders ausgedrückt, die den Wert der Waren bestimmende, in der Ware geronnene Arbeitszeit ist zusammengeschmolzen, also muß der Warenwert sinken.“

Damit wollte Karl Böchel in der „Chemnitzer Volksstimme“ 1931/295 (SPD) die Unschuld der Notenbankleiter und ihrer Hintermänner beweisen.

„Ich kann mir nicht denken, daß mit einem kleinen technischen Dreh im Mechanismus des kapitalistischen Systems“ (gemeint ist die richtige Geldversorgung!) „so einfach die Krise beseitigt werden könne. Wenn das richtig wäre, würde Karl Marx ja unrecht haben . . . man soll damit nicht unsere Parteiorganisationen belästigen“.

Tarnow, SPD-Parteitag, Leipzig.

„Für Deutschland und die Gegenwart laufen jedenfalls alle Vorschläge dieser Art“ (die Deflation zu beenden!) „in der Praxis auf reinste Inflation hinaus.“

Braunthal, „Freie Presse“-Barmen, SPD 1930/250.

„Es handelt sich bei der Krise nicht um Störungen des Geldwesens, sondern um schwere Störungen in der kapitalistischen Produktion . . . Ich bin für Aufrechterhaltung der Goldwährung.“

Dr. med. Hilferding, zweimaliger sozialdemokratischer Finanzminister, am 4. 10. 1931.

„Vermehrung der Zahlungsmittel bedeutet neue Inflation. Was wir“ (wer?) „brauchen, das ist die Relation zwischen der Goldmenge und der zirkulierenden Warenmenge.“

Dr. Hertz, MdR/SPD 1931 in Wuppertal.

„Die Geldkrisen sind im wesentlichen interne Vorgänge im Bereiche des Kapitals, häuslicher Hader der Bourgeoisie, ein sich in einer höheren Region vollziehendes und sich selbst aufhebendes Kampfspiel.“

Prof. Dr. Nölting, SPD, „Einführung in die Theorie der Wirtschaft.“

„Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollen, die Krise sei ein Zirkulationsproblem, so können wir uns als Sozialisten begraben lassen. — Wir erstreben die Verständigung mit Frankreich. Die Goldwährung ist die stärkste Machtposition Frankreichs. Es ist doch ohne weiteres klar, daß wir diese Machtposition nicht angreifen dürfen, wenn wir die Verständigung mit Frankreich erstreben.“

„Ohne weiteres klar“ war das dem SPD-MdR und Gewerkschaftsführer Siegfried Aufhäuser.

„Wir fordern Taten von der Regierung Brüning. Weitgehende Arbeitszeitverkürzung, Einführung des neunten Schuljahres (nach dem Motto: schickt die Arbeitslosen in die Schule!), Preisabbau nicht nur im Handel, sondern an der Quelle, in der Produktion, **Beseitigung der ausländischen Arbeiter**“ (nach dem Motto: Proletarier aller Länder vereinigt euch!)“
„Das sind Vorschläge, deren Durchführung ohne Zweifel geeignet sind, sofortige Hilfe zu bringen.“

Diese Hilfe brachte den Gegnern der Weimarer Demokratie die sozialdemokratische „Ostthüringer Tribüne“ im Januar 1931.

Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, ersuchte in einem von der SPD-Presse am 10. 2. 1930 abgedruckten Schreiben den Präsidenten Hoover, „die starke Arbeitslosigkeit durch die Wiederaufnahme der Bierherstellung wirksam zu bekämpfen.“ Er unterstrich die Notwendigkeit „die erregten Volksmassen durch die Zulassung des Bieres zu beruhigen.“

„Zur Wiederankurbelung der Wirtschaft führt kein anderer Weg als die systematische Preissenkung“,

behauptete Ernst Heilmann, MdR/SPD, im „Freien Wort“ 1930/24.

„Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumfähigkeit kann nur aufgehoben werden, wenn der Preisrückgang stärker ist als die Lohnsenkung.“
Naphtali, führender SPD-Theoretiker in „Wirtschaftskrise“.

„Von den vielen Forderungen der Partei und Gewerkschaften hat sich die Regierung Brüning nur eine wenigstens grundsätzlich zu eigen gemacht: die Forderung nach dem Preisabbau.“

„Arbeiterjugend“, das Organ Erich Ollenhauers, 1931/3.

Über die völlige geistige Verwirrung der nichtsozialistischen Demokraten Weimars unterrichtet ein Aufsatz von Ferdinand Fried, der im November 1931 in der von Hans Zehrer redigierten „TAT“ erschien. Er trug die bezeichnende Überschrift: „Die Auflösung“. Dort hieß es:

„Weizen wird verbrannt, während Millionen von Menschen hungern, Baumwolle umgegraben, während Millionen frieren — nur weil Kredit und Geld heute zu Gold gerinnen und das Geld damit seine Vermittlerstellung aufgegeben hat, auf der die Wirtschaft bisher aufgebaut war.“

Jeder einigermaßen klardenkende Mensch hätte daraus die Forderung ableiten müssen, ein Geld zu schaffen, das nicht „zu Gold gerinnen“ kann. Nicht so Herr Fried. Er „beginnt wieder konkret, sinnhaft, blutmäßig zu

denken.“ Er will — „tauschen“ zum „internationalen Warentausch, zur Naturalwirtschaft“ übergehen. Er will „die Restpartien des liberalistischen Repertoires völlig und rücksichtslos ausräumen“, und das sei eine „Aufgabe, die zwangsläufig immer mehr dem national- und autoritätsbetonten Staat zufalle“ — den wir dann ja im Jahre 1933 bekamen! Und so sah er — 1931! — die Aufgabe: „Der gedankliche Überbau des Geldes, der die Weltwirtschaft ausmachte, verblaßt und erlischt, und dahinter wird wieder das blutvolle und daher sinnvolle Leben der Völker sichtbar . . . Die Stimme des Blutes ist heute stärker als alle greisenhaften Berechnungen und wirft sie um, das Müssen drängt das Wollen beiseite und das Störrische wird vom Geschick mitgeschleift. Der Willige aber hört die Stimme, ergründet es und läßt sich vom Schicksal führen.“ Ja, sie waren stets — „willig“!!

Gegen den Strom

Im Jahre 1930 erschien im Verlag von Stritzke u. Co. in Altenburg, Thüringen, ein Buch „Arbeiterklasse und Geldpolitik“. Verfasser war der Vorsitzende eines nahezu 1000 Mitglieder starken Ortsvereins der SPD, Hans Schumann. Die Einführung schrieb Erich Mäder, Mitglied des Thüringer Landtages, des Kreisvorstandes einer rund 10 000 Mitglieder umfassenden Kreisorganisation der SPD und Delegierter auf den Reichsparteitagen der SPD. In dieser Einführung schrieb Mäder u. a.:

„Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich in einem Zustande stärkster Krisenhaftigkeit. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch überfüllte Warenlager auf der einen und ein unabsehbares Millionenheer der notleidenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf der anderen Seite.

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind unablässig bemüht, die leidenden Proletariatsmassen vor völligem Versinken im Elend zu bewahren; daher der heroische — leider oft erfolglose — Kampf um die Erhaltung und Fortbildung der sozialen Gesetzgebung. Die Auffassung, die deutsche Arbeiterschaft habe nichts mehr zu verlieren, ist meines Erachtens nicht nur falsch, sondern auch politisch geradezu verhängnisvoll. Sie wird von denen propagiert, die über die Zersetzung der Arbeiterorganisationen und über stumpfe Verzweiflung der Ausgebeuteten zur schrankenlosen Diktatur der kapitalistischen Profitwirtschaft — also beispielsweise zum Faschismus — gelangen möchten. . .

Kurz nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 wurde viel von der bevorstehenden Sozialisierung gesprochen; ja es wurde sogar eine offizielle Sozialisierungskommission gebildet, der die Aufgabe zufiel, den Grad der Sozialisierungsreife der deutschen Wirtschaft festzustellen. Die Kommission ist im Lande herumgereist und hat gewiß gearbeitet, aber ein klar formuliertes Ergebnis ihrer Forschungen ist der Öffentlichkeit leider nicht gegeben worden. Weshalb nicht? Man komme mir nicht mit dem Einwande, die Machtverhältnisse hätten sich schließlich so geändert, daß die politischen Voraussetzungen der Sozialisierung nicht mehr gegeben waren. Eine Kommission, der prinzipielle Fragen gestellt sind, kann deren wissenschaftliche Beantwortung doch unmöglich von augenblicklichen politischen Konstellationen abhängig machen. Jedenfalls ist die Sozialisierungskommission zur Ruhe gegangen, ohne ihre Aufgabe zu lösen. Was hinsichtlich der Problems der Wirtschaftsgestaltung später noch von Sozialisten im Reichsparlament gesagt und beantragt wurde, ging über den Rahmen der Tagespolitik nicht hinaus.

Das Reichstagswahlergebnis vom 14. 9. bedeutet für die deutsche Sozialdemokratie eine schmerzliche Niederlage. . . Jetzt wird in den Kreisen der klassenbewußten Arbeiterschaft nach den Ursachen dieses Mißerfolges ge-

forscht. Ich will auf einige der mir bekannt gewordenen Argumentationen kurz eingehen. Die einen behaupten, das Volk sei noch nicht reif genug, um politisch klar zu entscheiden. Das sind mir merkwürdige Demokraten, die das Volk nur dann und so lange für politisch mündig und reif halten, als es die ihnen erwünschte Entscheidung trifft. Es ist doch wahrhaftig nicht gut möglich, die Wählermassen — in zeitlichen Abständen von vier zu vier Jahren normalerweise — abwechselnd für „reif“ und „unreif“ zu erklären, je nachdem, wie die Entscheidung des jeweiligen Wahlkampfes ausfällt. Wie sollte man übrigens die sozialdemokratische Aufklärungs- und Bildungsarbeit der beiden Jahre bewerten, wenn die Arbeiterschaft im Mai 1928 reif, im September 1930 aber unreif gewesen wäre? Dieses Argument zieht also nicht. . .

Ich bin der Überzeugung, daß die letzte deutsche Reichstagswahlentscheidung im engsten Zusammenhange mit der schweren Wirtschaftskrise steht. Die drei Millionen Arbeitslose und jene Proletarier, die sich durch das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit dauernd gefährdet sehen, sind angesichts der Trostlosigkeit ihrer Lebenslage einer Verzweiflungsstimmung verfallen, die sie den Nationalsozialisten und Kommunisten in die Arme trieb.

Die bedeutsamste Aufgabe der nächsten Zukunft ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Partei und Gewerkschaften müssen den Ursachen dieses Übels nachgehen. Und welches ist der eigentliche Grund der Wirtschaftskrise?

Aus der Fülle der Deutungen im folgenden nur einige. Die einen führen die Rationalisierung als alleinigen oder doch wesentlichen Grund der Arbeitslosigkeit an und reden von „Überproduktion“. Angesichts der unerhörten Not der Millionen Schaffender und Arbeitsloser wahrhaftig eine absonderliche Auffassung! Andere glauben, allein durch Verkürzung der Arbeitszeit dem Übel steuern zu können, und übersehen dabei, daß die soziale Wirkung dieser Maßnahme der Kurzarbeit gleichen würde. Es ist gewiß erstrebenswert und notwendig, aus Gründen der Menschlichkeit die Arbeitszeit systematisch zu verkürzen. Dabei kommt es aber wesentlich auf die Erhaltung des Reallohnes an. Es erscheint mir jedenfalls unmöglich, die gegenwärtige Wirtschaftskrise auf diese Weise bannen zu können.

Während der letzten Jahre hat eine Anzahl Wirtschaftstheoretiker von Weltruf die Probleme der Wirtschaft von der Geldseite her betrachtet und den Nachweis erbracht, daß die Währung keineswegs ein ‚belangloser Reflex der Produktion und des Handels‘ ist.

Ich erinnere in diesem Zusammenhange an Irving Fisher und Keynes.

Die Probleme der Währung und des Zinses sind trotz ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung in der Sozialdemokratie bisher leider arg vernachlässigt worden. Als das Heidelberger Programm im Jahre 1925 geschaffen wurde, hatte es noch mancherlei Lücken. Es erhielt deshalb zwei Nachträge in Gestalt eines Agrar- und eines Wahlprogrammes.

Es erscheint mir dringend notwendig, daß eine weitere Ergänzung folgt und die Partei ein klares Währungsprogramm erhält. In diesem Programme sollte die Partei von der verhängnisvollen Illusion des Goldes, die so namenloses Elend verursacht, eindeutig abrücken und sich zu einer unbedingten Stabilisierung des Preisniveaus bekennen.

Inflation und Deflation, die zwangsläufigen Begleiterscheinungen der Goldwährung, müssen, da sie Quellen der Ausbeutung sind, durch eine aktive Währungspolitik überwunden werden. . .

Hans Schumann hat in ‚Arbeiterklasse und Geldpolitik‘ das Wesen und die katastrophalen Wirkungen der gegenwärtigen Währungspolitik deutlich aufgezeigt. Es wäre zu begrüßen, wenn sein Werk dazu beitrüge, Partei und Gewerkschaften zur Gestaltung eines klaren sozialistischen Währungsprogrammes anzuregen.

Altenburg, 13. Oktober 1930.“

Notwendigkeit aktiver Geldpolitik

Im Vorwort seiner Abhandlung „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ schrieb Schumann:

Das Kernproblem der Gegenwart ist zweifellos die Arbeitslosigkeit... Bekanntlich gibt es augenblicklich innerhalb der Weltwirtschaft ein „Kriseneiland“ — Frankreich. Es ist unglaublich, mit welchen theoretischen Verdrehungen man diese Tatsache zu begründen versucht. Ich will nur einige nennen.

„Ja“, sagt man, „Frankreich hat noch Kolonien — wir nicht.“ Aber 1921 hatte Frankreich auch Kolonien und trotzdem eine starke Arbeitslosigkeit. England hat auch Kolonien und hat schon seit langem stärkste Arbeitslosigkeit.

Man begründet die günstige Wirtschaftslage Frankreichs sogar mit den Reparationsleistungen, die es von Deutschland erhält. Aber das Kriegsgeschäft Amerikas ist doch weit größer als das Frankreichs, und doch besteht in USA ungeheure Arbeitslosigkeit — in Frankreich aber nicht.

Alle Gründe, die man in Deutschland für die Arbeitslosigkeit anführt, treffen auch für Frankreich zu: Rationalisierung, „Überproduktion“, Planlosigkeit der Produktion — aber sie haben merkwürdigerweise in Frankreich keine Wirkung! Vor einer Tatsache aber verschließt man mit einer eigenartigen Beharrlichkeit Augen und Ohren: Während z. B. England seit Beginn seiner sogenannten Stabilisierung seinen Notenumlauf um 6,5 Prozent eingeschränkt hat (und seit dieser Zeit unter Arbeitslosigkeit leidet!), ist der Frankreichs allein im letzten Jahre um zehn Prozent erhöht worden.

Und damit stoßen wir auf den Nerv der Dinge. Sollte die Veränderung der Notenmenge nicht die eigentliche Ursache der Wirtschaftskonjunkturen sein? Angesichts der ungeheuren menschlichen Not — aber auch im Hinblick auf die politischen Gefahren, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt — erscheint es mir notwendig, daß die Arbeiterklasse sich eingehend mit den Fragen des Geldes beschäftigt.

Auf 27 Seiten seines Buches legte Schumann unter der Überschrift „Nervus rerum“ eingehend die Funktionen des Geldes dar. Die Ursachen für Aufstieg und Abstieg der gesamten Wirtschaftslage liegen im heutigen Geldwesen begründet. Jede relative Geldvermehrung, die den Produktionszuwachs übersteige, bewirke eine Inflation, d. h. ein Steigen des Preisniveaus und damit eine Belebung der Wirtschaft. Jede relative Verminderung des Geldumlaufes bewirke eine Deflation, eine Senkung des Preisniveaus und bewirke einen Konjunkturrückgang. Die Schlußfolgerung liege auf der Hand: Durch eine „aktive Währungspolitik“ müsse das Preisniveau stabilisiert werden.

Unter dem System der Goldwährung habe eine Deflation in USA automatisch eine Deflation in Deutschland zur Folge. „Unser nationales Geschick ist unter dem System der Goldwährung lediglich ein Spielball der internationalen Hochfinanz.“ (Seite 30.)

Mäder und Schumann veröffentlichten in dieser Schrift einen „Entwurf zu einer Ergänzung des Heidelberger Programms“ der SPD, in der sie für „Geldpolitik“ plädierten:

„Die Sozialdemokratische Partei fordert die Loslösung der Geldpolitik vom Goldwährungssystem, da dieses jeder öffentlichen Kontrolle und jedem Einfluß der Allgemeinheit entzogen ist.

Sie fordert eine Geldpolitik, die sich lediglich eine Stabilisierung des Warenpreisdurchschnittes (Index) zum Ziele setzt.

Sie fordert demgemäß eine Übertragung des Rechtes der Notenregulierung auf ein Reichswährungsamt.

Das Reichswährungsamt hat — in Übereinstimmung mit der verbesserten Quantitätstheorie — Geld einzuziehen, so oft und solange die Warenpreise steigen — und Geld ausgeben, so oft und solange die Warenpreise sinken.

Sobald der Zinsfuß infolge der Kapitalvermehrung — die durch diese Geldpolitik gefördert wird — sinkt und dadurch der Geldumlauf zu stocken droht, hat das RWA das Geld unter Umlaufzwang zu setzen.“

In seiner 1930 erschienenen Schrift „Arbeiterklasse und Weltpolitik“ schildert Hans Schumann seine vergeblichen Bemühungen, die damalige SPD-Prominenz von der Notwendigkeit einer aktiven Geldpolitik zu überzeugen. Er nennt den sozialdemokratischen Finanzminister Dr. med. Rudolf Hilferding über den im „Klassenkampf“ F. Petrich geschrieben hatte:

„Es ist im höchsten Grade erstaunlich, daß die Genossen, deren tägliche Praxis sie immer wieder in die Nähe der Finanzplutokratie führt, eine so seltsame Scheu empfinden, die diktatorischen Methoden des Finanzkapitals mit genügender Deutlichkeit und Klarheit zu kennzeichnen.“

Schumann schreibt:

Ich bat ihn (Hilferding) als Verfasser des „Finanzkapitals“ um eine Aufklärung, inwiefern „die Menge der Zirkulationsmittel zunächst bedingt sei durch die Preissumme der Waren“. Ich habe ja bereits wiederholt nachgewiesen, daß der „Preis“ eine Beziehung ist zwischen Geldeinheit und Wareneinheit, also auch zwischen der Geldmenge (als der Summe der vorhandenen Geldeinheiten) und der Warenmenge. Die Behauptung Hilferdings entbehrt daher jeder realen Grundlage — was man übrigens auch von seiner Praxis behaupten kann. Darauf sandte ich ihm zur Veröffentlichung in der „Gesellschaft“ einen Artikel, der sich kritisch mit dem Problem der Goldwährung bzw. Golddeckung auseinandersetzte. Da die Folgerungen, die man aus der Art der Ablehnung des Artikels ziehen kann und muß, von großer Tragweite sind, drucke ich den Artikel ab.

„Ist unsere Währung stabil?“

Im nachfolgenden Artikel führte Schumann u. a. aus:

„Reichskanzler Gen. Hermann Müller-Franken bezeichnete in seiner Weihnachtsbotschaft (1928) an das deutsche Volk die Stabilität der Währung als oberste Forderung, ja als unbedingte Voraussetzung einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Warum brauchen wir eine stabile Währung?

Vom Standpunkt des Sozialisten aus gesehen, bedeutet Stabilität der Währung: Stabilität der Kaufkraft des Geldes. Mit anderen Worten: für eine Mark kann man immer die gleiche Warenmenge im Durchschnitt kaufen. Stabil ist eine Währung, wenn der Index gleichbleibt. Steigt der Index, dann bedeutet das eine Inflation, sinkt er, eine Deflation. Eine Inflation bedeutet eine Fälschung aller Zahlungsverprechen und Zahlungsverträge. (Tarifverträge) „Am schwersten getroffen werden die Lohn- und Gehaltsempfänger.“ (H. Müller-F.) Bei einer Inflation von zehn Prozent bekommt der Arbeiter für die Arbeit, die 100 Wareneinheiten wert war, beim Umtauschen über 100 entwertete Geldeinheiten (Mark = Mark!) nur 90 Wareneinheiten. Bei einer Deflation würde der Arbeiter bei einer Aufwertung des Geldes für die Arbeit, die 100 Wareneinheiten wert war, beim Umtausch über 100 aufgewertete Geldeinheiten 110 Wareneinheiten bekom-

men, wenn in diesem Falle der Unternehmer nicht stets zuvor den Lohn abbauen oder den Betrieb stilllegen würde. Jede Deflation bedeutet Absatzstockung — da niemand teurer einkauft, als er vermutlich demnächst einkaufen kann — und damit Produktionslähmung und Arbeitslosigkeit. Darum muß im Interesse des Proletariats die Währung, d. h. die Kaufkraft des Geldes, stabil sein.

Ist die Stabilität unserer Währung gesichert?

Aber natürlich, schreibt die Börsenzeitung, denn unser Geld ist doch mit 60 Prozent Gold ‚gedeckt‘. 33 Prozent betrug die ‚Deckung‘ vor dem Kriege. 40 Prozent Golddeckung sind für die Reichsmark durch General Dawes vorgeschrieben. Und 60 Prozent = 2693,2176 Millionen Mark in Gold sind in den Kellern der sogenannten ‚Reichs‘-Bank aufgespeichert, während man nach der eigenen Theorie heute mit 1769,88 Millionen und vor dem Kriege gar mit 1460,151 Millionen Golddeckung“ ausgekommen wäre. Nahezu eine Milliarde Mark Gold mehr haben wir aufgespeichert als vor dem Kriege — und doch galt auch damals die Währung als stabil. Jedem Sozialisten ohne Vorbehalt muß doch angesichts dieser Tatsachen der Gedanke kommen, daß die Höhe der ‚Deckung‘, ja vielleicht sogar die gesamte Deckung, mit der Stabilisierung der Währung überhaupt nichts zu tun hat, sondern aus ganz anderen Gründen gefordert und aufrechterhalten wird.

Ist eine Golddeckung für unsere Währung überhaupt erforderlich?

Zunächst könnte sie ja praktisch nur wirksam sein, wenn die Einlöspflicht bestünde. Allein die Tatsache, daß das Geld einen Wert hat, ohne daß man dafür Gold eintauschen kann, ja ohne daß das Zahlungsverprechen auf den Banknoten vermerkt ist, wie es früher geschah, beweist, daß die Golddeckung völlig überflüssig ist — für das Proletariat und die Stabilität der Währung. . .

Warum haben wir dann eine Golddeckung?

Die Auguren wissen es — und sie lächeln. So verrät der Bankier Hahn in seiner kleinen Broschüre ‚Goldvorteil und Goldvorurteil‘ ganz offen, daß der ‚Deckungswahn‘ nur aufrechterhalten werde, damit die USA-Banken ihr Gold, das sie während des Krieges aufgespeichert hatten, zu günstigen Bedingungen unterbringen können. . . Das ist der eine Grund, warum wir eine Golddeckung haben. Die Erkenntnis der Bedeutung der Währungsstabilität dringt in immer weitere Schichten des Volkes. Alle Fragen sucht man zu beschwichtigen mit dem Hinweis auf die fabelhafte Deckung. Das ist der andere Grund.

Denn in Wirklichkeit haben wir keine stabile Währung

Die Preissumme aller Waren ist bekanntlich ein Produkt aus deren Menge und der Menge der umlaufenden Zahlungsmittel, deren Grundlage das umlaufende Geld bildet.

Ver mehrt man die Geldsumme schneller als die Warenproduktion steigt, dann entsteht eine Inflation. Vermindert man die Geldsumme, dann entsteht eine Deflation. Paßt man die umlaufende Geldsumme der Warenmenge an, dann bleiben die Preise — oder mit anderen Worten die Währung — stabil. Man kann diese Handhabung der Währung, die heute praktisch allgemein üblich ist, als aktive Währungspolitik bezeichnen. Im Gegensatz dazu regulierte sich früher bei der Einlöspflicht die Währung automatisch. Heute reguliert ‚man‘ die Währung nach kapitalistischen Gesichtspunkten zur Erzielung möglichst großer Zwischengewinne oder auch als politisches Druckmittel.

Es ist Sache der Arbeiterklasse, die Währung der Reichsbank-Aktiengesellschaft aus der Hand zu nehmen und sie einem Reichs-Noteninstitut zu übergeben, das Geldausgabe und Geldeinzug tätigt lediglich mit dem Ziel einer Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, d. h. einer tatsächlichen Stabilisierung der Währung."

Aufs goldene Kreuz gekrochen

Schumann erhielt jedoch diesen Artikel zurück, wobei ihm Hilferding am 19. 1. 1929 antworten ließ:

. . . im Auftrage von Gen. Hilferding sage ich Ihnen meinen besten Dank für Ihre freundliche Teilnahme an der „Gesellschaft“. Leider ist dieser Aufsatz aus politischen Gründen nicht zur Veröffentlichung in der „Gesellschaft“ geeignet.

Mit Parteigruß, gez. Dr. Albert Salomon

Dazu berichtet Schumann in „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ (S. 112) weiter:

„Anfragen und Bitten um Unterredung blieben unbeantwortet. Am 28. 3. 1929 fand in Berlin mit Dr. Salomon eine Unterredung statt, in der Salomon folgendes ausführte:

Ja, die politischen Gründe — wie soll ich sagen? Wir stehen jetzt in den Reparationsverhandlungen und da diese auch für die Partei von größter Bedeutung sind, erschien es mir angezeigt, gerade jetzt einen solchen währungstechnischen Artikel in der „Gesellschaft“ nicht zu veröffentlichen. Es würde dadurch der Verlauf der Reparationsverhandlungen durch eine solche Diskussion wahrscheinlich nur ungünstig beeinflusst werden, woran die Partei natürlich nicht interessiert sein kann.

Dieser Vorgang erscheint mir merkwürdig und aufschlußreich . . . Inwiefern war unsere Partei an einem ‚günstigen‘ Verlauf der Abmachungen Schacht — Morgan in Paris ‚interessiert‘? Und konkret: Wem und wie schadet ein Angriff auf den Goldwährungsschwindel?“

In der Folge bat Schumann Hilferding um Stellungnahme zu den Vorschlägen, das umlaufende Geld monatlich um ein Prozent zu entwerten, am Jahresabschluß gegen zwölf Prozent Abzug umzutauschen und im übrigen nicht den Goldpreis, sondern den Warendurchschnittspreis durch entsprechende Mengenveränderung des Geldes zu stabilisieren. Am 22. Mai 1929 erteilte Dr. Rinner vom Reichsfinanzministerium, Ministerbüro, Berlin W., Wilhelmplatz 1, Schumann folgende Antwort:

Werter Genosse,
im Auftrage des Genossen Hilferding gestatte ich mir, auf Ihr Schreiben vom 19. Mai zu erwidern, daß mir Ihre Vorschläge zur Behebung der Kassenschwierigkeiten ungeeignet erscheinen. Der Plan, das Geld monatlich um 1 % zu entwerten, würde eine organisierte Geldentwertung bedeuten und müßte ebenso wie eine Inflation eine Panikstimmung in der Bevölkerung hervorrufen. Ebenso undurchführbar erscheint mir die Regulierung von Geldeinzug und Geldausgabe. Jede Geldbedarfswirtschaft muß so lange aussichtslos sein, wie die übrige Wirtschaft noch keine Bedarfswirtschaft ist. Die Verwendung der Goldreserven der Reichsbank wäre nur durch verfassungsänderndes Gesetz und mit Zustimmung des unter ausländischem Einfluß stehenden Generalrates möglich.

Im übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, daß die Reichsanleihe nicht mit 13—17 % verzinst wird, sondern daß einschließlich der Steuerbefreiung höchstens eine Effektivverzinsung von 11 % erreicht wird.

Mit Parteigruß, gez. Rinner

In „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ bemerkt Schumann, der aus diesem Brief zitiert, dazu u. a.:

Was sagt Hilferding zu folgender Feststellung von Vernon Lord (Siehe Coal and Industry, the Way to Peace, London 1927): „Wenn es möglich ist, den Wert des Geldes zu steigern oder zu verringern, dann könnte die Methode, mit der dies durchgeführt wird, auch dazu verwendet werden, den Geldumlauf (Geldwert?) innerhalb mäßiger Grenzen stabil zu erhalten.“

Und der Völkerbundexperte Professor Dr. Gustav Cassel (Stockholm) schreibt: „Eine Zentralbank ist in der Lage, selbst während einer Hochkonjunktur eine vollkommene Kontrolle des allgemeinen Preisniveaus auszuüben.“

Gewiß hätte die Reichsbank lediglich durch die Verfassungsgeber hierzu verpflichtet zu werden brauchen — ohne Rücksicht auf den „ausländischen“ Einfluß, vor dem diese „Sozialisten“ aufs — goldene — Kreuz krochen!

Minister ohne Sachverstand

„Die Wesenheit des parlamentarischen Ministers besteht darin, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht“, so hatte Ernst Heilmann 1917 in der „Glocke“ geschrieben. Am 13. Mai 1930 sagte der SPD-Abgeordnete Robert Schmidt, Reichswirtschaftsrat und Delegierte der Young-Plan-Verhandlungen im Haag im Reichstag anlässlich der steuerfreien Hilferdinganleihe:

„Ich sehe keine andere Möglichkeit, als das kapitalistische Interesse zum Vorspann für die Lösung des Finanzproblems zu machen. . . Wenn Sie uns andere Wege weisen, sind wir gern bereit, sie zu beschreiten, falls sie nur gangbar sind.“

Hans Schumann empfahl ihm laut „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ Verkauf der Golddeckung, Index-Währung, Umlaufzwang. Er erhielt darauf die nachstehenden Antworten:

Berlin-Neutempelhof, den 24. 5. 1929

Werter Genosse!

Lesen Sie bitte die kleine Broschüre von Genossen Dr. C. Schmidt über die Auswirkungen einer Geldentwertung. Im übrigen haben wir das alles schon gehabt in der Inflationsperiode; denn auf ein bischen mehr oder weniger kommt es nicht an; es verkleinert resp. vergrößert nur die Torheit. — Bei dieser Währung, werter Genosse, werden Sie sich nicht lange um die Goldbestände der Reichsbank sorgen brauchen, die würden dahingehen.

Berlin SW, den 11. 6. 1929

Reichstag

Abgeordneter

Werter Genosse!

Es ist mir unmöglich, Ihnen eine lange Abhandlung über die Währungsfrage zu übermitteln. Ich bin keine Autorität auf diesem Gebiete und würde eine solche Würdigung für unzutreffend halten. Was ich über Finanzkapital, Wertbildung und Mehrwert weiß, habe ich aus Marx geschöpft, ohne daß ich diese Erkenntnis bisher als erschüttert betrachte.

Ihre Auffassung, daß Sie kein Interesse an der Golddeckung der Noten haben, erscheint mir verfehlt, zumal der Hinweis genügt, daß nur die Staaten eine feste Währung haben, die ihre Noten unter Golddeckung herausgeben, während alle anderen Staaten, die ihre Noten und Geldzirkulation gar nicht decken oder schlechte Deckung oder Silber im Rückhalt haben, im Wert ihrer Zahlungsmittel schwanken. Die Arbeiter haben ein großes Interesse an der Wertbeständigkeit des Geldes; denn es ist der Wertmesser für die Warenzirkulation. Entwerfe ich diesen Wertmesser, sei es durch Inflation oder andere Mittel, wie Sie ihnen vorschweben, so sehe ich darin vor allem eine Schädigung aller Lohnempfänger. Das Werk von Arnold Luschin" (gemeint ist Luschin von Ebengreuth, in welchem von der Renovatio monetarum berichtet wird! H. S.) „kenne ich nicht; das wird auch nicht notwendig sein, denn ich kenne die Broschüren, die sich mit der Frage beschäftigen, wie die ganze kapitalistische Wirtschaft durch Aufhebung des Zinses und Entwertung der Mark beseitigt werden kann. Das werter Genosse ist Phantasterei.

Mit bestem Gruß! gez. R. Schmidt

Robert Schmidt unterschrieb mit dem üblichen goldenen Federhalter im Haag den Young-Plan und damit das Todesurteil für die Weimarer Demokratie. Sicherlich wußte er nicht, was er damit tat! Aber daß andere dies wußten, geht aus einem Gutachten hervor, welches der Parteivorstand der SPD bei der „Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik“, Berlin, Schiffbauerdamm 1, bestellte und von dieser am 25. April 1930 erstattet wurde. Dieses „Gutachten“ bezog sich auf den Entwurf zur Ergänzung des SPD-Programms, für den Mäder und Schumann lediglich die Einsetzung einer Studienkommission vorgeschlagen hatten. Es läßt deutlich erkennen, an welchen Fäden die Politiker gezogen wurden.

Durch ein „Gutachten“ wird eine Währungsdiskussion verhindert

Hans Schumann zitiert in „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ (S. 38 ff) dieses „Gutachten der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik (vermutlich verfaßt von Dr. Alfred Braunthal) zur Untersuchung der Währungsfrage“ und kommentiert es in seinen einzelnen Punkten:

1. „Das Manuskript des Genossen Schumann „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ fußt auf der währungstheoretischen Auffassung von Silvio Gesell“ (man beachte, daß dieser in meinem Manuskript nicht genannt worden war!) „und gipfelt in der Aufstellung entsprechender währungspolitischer Forderungen, die in das Heidelberger Programm einzubauen wären. Praktisch schlägt Schumann die Einsetzung einer Studienkommission zur Untersuchung dieser Fragen vor.“

Daß das Gutachten ein taktisches Manöver darstellt mit dem Ziele, eine Diskussion über Währungsfragen unter allen Umständen und mit jedem Mittel zu verhindern — und keine wissenschaftliche Leistung, zeigt schon der erste Satz. . .

Dieser Art Wissenschaft macht es nichts aus, Tatsachen wegzulassen und Behauptungen einzuschieben, wie es das a priori gestellte Ziel erfordert. . .

Wie liegen die Dinge bei einer vorbehaltlosen Betrachtung?

Meine währungstheoretischen Ansichten fußen

- a) auf der Quantitätstheorie,
- b) auf der Impulstheorie, ohne die alle Maßnahmen der Quantitätstheoretiker versagen müssen.

Die Impulstheorie verhält sich zur Quantitätstheorie wie die Erfindung des Sicherheitsventiles zur Erfindung der Dampfmaschine, d. h. man kann die bloße Quantitätstheorie (die Beeinflussung der Geldmenge) nur so lange mit Erfolg anwenden, als das Zinsmanometer noch nicht unter 3 Prozent gesunken ist. Tritt das aber ein, dann „explodiert“ die Wirtschaft in Form einer Deflation. Der Umlaufzwang auf Grund der Impulstheorie sichert den Geldumlauf und bewahrt die Quantitätstheorie vor dem Scheitern!

Die Impulstheorie stammt von Silvio Gesell. Man kann sie aus kapitalistischen Gründen bekämpfen, aber sie ist bis heute noch nicht wissenschaftlich widerlegt.

Zur Quantitätstheorie bekennen sich Prof. Irving Fisher, Prof. Cassel, Prof. Keynes, Dr. Fritz Marbach, Prof. Gide, Braunthal, Naphtali „und die meisten unserer Theoretiker, auch Hilferding“.

Letztere Behauptung stammt übrigens von Naphtali. Braunthal schrieb in der „Gesellschaft“ 1929, S. 86: „Seit die Quantitätstheorie in der Währungsfrage den Sieg davongetragen hat. . .“ (Petrich, Chefredakteur einer SPD-Zeitung nennt allerdings die Vertreter der Quantitätstheorie Schwindler und Betrüger!)

Ich führe in meiner Denkschrift eine ganze Anzahl dieser Wissenschaftler an. Der Gutachter aber ignoriert diese Tatsache vollkommen und sucht dadurch den Eindruck zu erwecken, als sei die Bekämpfung der Goldwährung (zu der jeder kommen muß, der die Quantitätstheorie konsequent anwendet!) nur eine Marotte Silvio Gesells.

Auf die mangelnde Orientierung der Mitglieder des Parteivorstandes spekulierend, versucht Br., meine ganze Arbeit mit der Abstempelung „Made by Silvio Gesell“ zu erledigen.

*

2. „Es kann nicht der Zweck dieses Gutachtens sein, sich mit der Kritik auseinanderzusetzen, die Schumann an den währungstheoretischen Auffassungen einzelner sozialistischer Theoretiker und Politiker übt. Es soll zugegeben werden, daß keine absolute Einheitlichkeit der Auffassungen über diese Fragen besteht.“

Nun kann man über die Bedeutung der Geldpolitik im Rahmen der weltwirtschaftlichen Entwicklung durchaus verschiedener Meinung sein. Ich will hier auch nicht mit denen rechten, die ihre Lebensaufgabe darin sehen, von einer geldlosen Bedarfswirtschaft zu schwärmen. (Von einer Wissenschaft kann ja dabei keine Rede sein.) Mangel an Logik kann man bekanntlich mit noch soviel Scharfsinn bekämpfen — immer guten Willen vorausgesetzt.

Für mich handelt es sich um den Nachweis,

1. daß das Geld heute eine große Rolle spielt,
2. daß daher die Partei, wenn sie die Massen führen und nicht ein Spielball in den Händen derer sein will, die das Geld beherrschen, unbedingt eine klare Einstellung in den Fragen der Geldpolitik gewinnen muß,
3. daß die mangelnde Einheitlichkeit — besser gesagt Klarheit in diesen Fragen innerhalb der Arbeiterklasse der beste Schutz für die internationale Hochfinanz ist, und endlich
4. daß diejenigen, die diese Unklarheit mit einem verdächtigen Eifer zu erhalten suchen, oder aber aus „Unzulänglichkeit, Orthodoxie“ dazu beitragen, zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterklasse gehören.

*

3. „Dasselbe gilt aber fast für alle theoretischen Fragen auf die die Partei in ihrem weitverbreiteten Tätigkeitsbereich stößt, ohne daß sich deshalb der Parteivorstand genötigt sähe, zur Klärung all dieser Fragen Studienkommissionen einzusetzen. Die Partei will kein wis-

wissenschaftliches Gremium sein und sieht es erst recht nicht als ihre Aufgabe an, parteimäßig abgestempelte Theorien in Studienkommissionen zu produzieren, auf die die Mitglieder eingeschworen werden."

Die Zustimmung der Parteinstanzen zur Schachtschen „Stabilisierung“, zum Dawes-Plan, zum Young-Plan, zur Änderung des Reichsbankstatuts legte ja ohnehin die Vermutung nahe, daß in der Partei „keine absolute Einheitlichkeit in fast allen theoretischen Fragen“ herrscht.

Eine klare Theorie ist aber für eine Partei, die die Welt umgestalten will, ein unbedingtes Erfordernis. Um nur Tagespolitik zu treiben, brauchen wir keine sozialistische Partei.

*

4. „Etwas anderes wäre es natürlich, wenn es sich um die Entscheidung über eine schwerwiegende politische Frage handelte, deren Klärung durch wissenschaftliche Untersuchungen vorbereitet werden müßten. Das war z. B. der Fall bei der Schaffung des Agrarprogramms.“

Geradezu katastrophal ist es, daß sich der Parteivorstand zu der Ansicht bekennt, die Theorie sei nur — sagen wir vorsichtig — die Magd der Politik. . .

Die Forschungsstelle liefert die wissenschaftlichen Vorwände für die offizielle Politik der Partei.

Unter diesem Gesichtspunkte werden die „modernen“ Ergebnisse dieser fröhlichen Wissenschaft — „Wirtschaftsdemokratie“, „Preisabbau“ und auch dieses „Gutachten“ — durchaus verständlich.

*

5. „Aber ein solches Gewicht vermögen wir gegenwärtig der Währungsfrage nicht beizulegen.“

Die Annahme des Young-Planes war doch ohne Zweifel ein hochpolitisches Ereignis. Es war bekanntlich so hochpolitisch, daß das Bürgertum der Sozialdemokratie erlaubte, bis zu seiner Annahme in der Reichsregierung zu bleiben! Es wäre demnach auch Aufgabe der Forschungsstelle gewesen, die „notwendigen wissenschaftlichen Vorarbeiten“ zu leisten, damit der Vertreter der SPD, Robert Schmidt, genügend gewappnet zwischen all den finanzkapitalistischen Intriganten am Haager Verhandlungstisch sitzen konnte.

Aber die Frage der Geldpolitik hatte doch mit dem Young-Plan nichts zu tun?

Zunächst schreibt Br. am Ende dieses Gutachtens selbst, daß die Frage der Goldwährung ein entscheidender Punkt des Young-Planes sei. Ich verweise aber ferner darauf, daß ich lange vor den Haager Verhandlungen versuchte, das Problem der Goldwährung in der „Gesellschaft“ zur Sprache zu bringen. Hilferding lehnte dies aus politischen Gründen ab, und zwar aus Rücksicht auf die Pariser Verhandlungen (Morgan—Schacht).

Für eine Arbeiterpartei gibt es heute kein Thema, das aktueller wäre als die Frage der Geldpolitik.

*

6. „Das Beispiel Englands, auf das Schumann verweist, ist nicht durchschlagend. Es ist zwar richtig, daß man sich in der englischen Arbeiterpartei mit der Frage einer eventuellen Währungsreform mehr befaßt hat als in Deutschland. Es erklärt sich aber in erster Linie daraus, daß die Krise der englischen Deflationspolitik in der Zeit der Revalorisierung der englischen Währung, die mit Recht sehr stark umstritten war, wesentlich verschärft worden ist.“

Warum denn eine solch merkwürdige Ausdrucksweise: „Deflationspolitik in der Zeit der Revalorisierung der englischen Währung, die mit Recht sehr stark umstritten war?“ Man schämt sich anscheinend, eine Wirkung der Geldpolitik eingestehen zu müssen, und rafft sich nicht einmal zu dem Ein-

geständnis auf, daß die Deflationspolitik mit Recht stark bekämpft wurde. Freilich man will auch nicht die eigene Reichstagsfraktion bloßstellen, die in denselben Tagen Senkung des Preisniveaus forderte. „Umstreiten“ kann man viel, ohne daß dadurch die Kreise der Hochfinanz gestört werden.

Daß eine Deflation eine schädliche Wirkung ausübt, gibt man also — wenn auch nicht expressis verbis, aber auf dem Umwege über England — zu. Daß eine Inflation ebenfalls schädliche Wirkung hat, kann Br. schließlich doch nicht ableugnen. Will er etwa behaupten, daß die deutsche Reichsbank-Aktiengesellschaft den Index stabilisiert? Und spielen die im folgenden berührten Fragen wirklich nur in England eine Rolle oder treffen sie nicht auch für Deutschland zu?

*

7. „In Deutschland liegt die währungspolitische Situation ganz anders. Den besten Beweis dafür scheint uns der Verlauf des Konfliktes mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht zu liefern. So heftig der Kampf gegen Schacht von unserer Seite auch geführt wurde, so beschränkte er sich doch im wesentlichsten auf die Übergriffe Schachts über das Gebiet der Währungspolitik hinaus. Es wurde zwar auch an einzelnen seiner währungspolitischen Maßnahmen von unserer Seite Kritik geübt, aber diese Kritik ging niemals so weit, daß sie die Grundlage der Währung selbst, die Goldwährung, in Zweifel gezogen hätte. Im Gegenteil, es wurde von uns auf das entschiedenste betont, daß an der Stabilität der deutschen Währung — d. h. nach dem üblichen Sprachgebrauch: an der Stabilität gegenüber den anderen Goldwährungen — nicht gerüttelt werden dürfe.“

Man bedenke: Ich sandte seinerzeit an Seydewitz zur Veröffentlichung im „Klassenkampf“ einen Artikel „Fort mit Schacht!“, in welchem ich Schachts kapitalistische Währungspolitik scharf, aber sachlich angriff. Seydewitz wandte sich an Braunthal, und dieser gab ihm den dringenden Rat, den Artikel nicht aufzunehmen. Seydewitz gehorchte! Dafür nahm er einen Artikel auf, der Schacht die Verdienstkrone der Währungsstabilisierung (die keine war) aufsetzte.

Braunthal ist also mitschuldig, daß man in der gesamten SPD-Presse nicht über die Währungsgrundlagen der Schachtschen Politik sprach. Und nun führt Br. diese Wirkung als Beweis dafür an, daß die währungspolitische Lage in Deutschland „ganz anders liegt“.

Übrigens ist jener „Sprachgebrauch“ fast nur noch in der Forschungsstelle „üblich“. Und „die Grundlage der Währung selbst, die Goldwährung“ — welch sonderbare Logik: Wie kann die Währung die Grundlage der Währung sein? — wird bereits international in Zweifel gezogen. . .

*

8. „Irgendein aktueller Anlaß, in eine Untersuchung über währungspolitische Fragen einzutreten, liegt also nicht vor.“

Es würde ein Buch wie dieses füllen, wenn ich alle von mir gesammelten Äußerungen führender Sozialdemokraten über die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen zitieren und eingehend widerlegen wollte. . . Sowohl das Gutachten als auch die offizielle Parteipresse übersahen mit einer merkwürdigen Einheitlichkeit die Tatsache, daß die Fragen des Zusammenhanges zwischen Geldpolitik und Arbeitslosigkeit schon längst zu einer Weltdiskussion geworden sind. Man hört höchstens einmal aus dem Munde eines Fritz Levi, daß die monetären Krisentheorien „bürgerlicher Unsinn“ seien. Man sollte mit dem Urteil „bürgerlich“ vorsichtig sein. Ich habe aus dem Munde von Leuten, die sich Sozialisten nennen, Krisentheorien gehört, deren sich jeder „Bürger“ schämen würde. . .

9. „Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen — und diesen Standpunkt vertritt Genosse Schumann, wenn auch nicht *expressis verbis* —, daß unsere Partei überhaupt in falscher Front kämpft, daß sie ihren Hauptangriff auf die heutige Währungsordnung richten müßte. Diesem Standpunkt liegt die Auffassung Silvio Gesells zugrunde, daß das Hauptübel der heutigen Wirtschaftsordnung die Goldwährung sei. Würde man hingegen eine Währung nach den Ideen Silvio Gesell einführen, dann würde die Macht des Finanzkapitals, die die eigentliche Beherrscherin der Wirtschaft sei, gebrochen werden.

Es würde den Rahmen dieses Gutachtens weit überschreiten, wollten wir uns *in extenso* mit dieser Auffassung auseinandersetzen.“

. . . Anscheinend hat Br. gar nicht damit gerechnet, daß auch nur ein Mitglied des Parteivorstandes irgend einmal etwas von Prof. Irving Fisher, Cassel, Kemmerer, Keynes, Soddy, Hahn, Gide usw. gehört hat oder aber Kenntnis hat von der Existenz eines internationalen Arbeitsamtes und seinen Veröffentlichungen. . .

Ich hatte lediglich die klare und verständliche Frage behandelt: Welchen Einfluß haben Kaufkraftschwankungen des Geldes und die Höhe des Zinsfußes auf die Wirtschaft?

Der Gutachter reitet seine wissenschaftliche Rosinante „*in extenso*“ gegen Windmühlenflügel, da er anscheinend zur Sache selbst nichts zu sagen weiß.

*

10. „Es soll dazu in diesem Zusammenhang nur folgendes gesagt werden: Die nationalökonomischen Theorien unserer Bewegung von Marx bis zur Gegenwart stimmen gewiß nicht in allen Punkten miteinander überein. Es kann, wie oben schon gesagt wurde, nicht die Aufgabe der Partei sein, eine solche restlose Übereinstimmung herbeizuführen. Aber über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg sind sie sich doch in einem Punkte einig, daß das Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht von der Geldseite, sondern von der Produktionsseite her angepackt werden muß; denn die kapitalistische Machtstellung beruht auf der Herrschaft über die Produktionsmittel.“

Daß die kapitalistische Machtstellung auf der Herrschaft über die Produktionsmittel beruht, habe am allerwenigsten ich bestritten. Ich habe mir nur erlaubt, über die Bedingungen nachzudenken, unter denen diese Herrschaft zustande kommt. Und ich kann mich da nur der Ansicht Engels' im *Anti-Dühring* anschließen, wo er schreibt:

„Wenn Dühring das Metallgeld beibehalten will, so kann er nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem gezahlten Lohn nicht auskommen. . . Hiermit sind alle Bedingungen gegeben . . . einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung. . . Alle Gesetze und Verwaltungsnormen der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zersetzung des Wassers. Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt. . . Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Zirkulationsmittel, in Bankiers, in Beherrscher des Zirkulationsmittels und des Weltgeldes, damit in Beherrscher der Produktion und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren.“

*

11. „Es sei nur nebenbei an den Kampf erinnert, den Marx gegen Proudhon geführt hat, dessen Verwandtschaft mit Silvio Gesell bekannt ist.“

Es ist immer bedenklich, wenn man in einem wissenschaftlichen Gutachten etwas „nebenher“ erwähnt, vor allem, da man doch nicht weiß, wieweit die Verwandtschaft zwischen Gesell und Proudhon auch dem Parteivorstand bekannt ist.

Proudhon hatte — wie Gesell — erkannt, daß in der Überlegenheit des Geldes über die Waren eine Wurzel der Ausbeutung stecke. Gesell will diese Ungleichheit beseitigen, indem er das Geld auf den Standpunkt der vergänglichen Waren herunterdrückt. Sachliche Argumente gegen die Richtigkeit dieser Argumente habe ich noch nicht gefunden. Proudhon dagegen wollte die Waren auf den Standpunkt des Geldes emporheben — ein Unterfangen, das schon an der Natur der Dinge scheitern mußte. Denn man kann es nicht verhindern, daß z. B. der „Vorwärts“ vom 1. Januar am 2. Januar nur noch Makulatur ist, während eine Mark unverändert „eine Mark“ bleibt.

Damit sind wohl die erforderlichen Unterlagen für eine richtige Beurteilung dieses Einwandes gegeben.

*

12. „Daß manche Theoretiker, wie Karl Renner, das Hauptgewicht auf die Sozialisierung der Banken legen, ist kein Gegenbeweis, denn diese Theoretiker erblicken in den Banken nur den zentralen Apparat zur Beherrschung der Produktion; aber auch sie vertreten nicht die Auffassung, daß durch eine Währungsreform dem Bankkapital die Herrschaft entwunden werden könnte.“

Ich würde auch nie Renner als Zeugen für meine Auffassung zitiert haben! Denn Renner unterscheidet sich . . . wirklich nicht durch weniger Vorbehalte von Br. und Genossen.

*

13. „Nun soll der Zweck dieser Feststellungen gewiß nicht sein, Autoritäten gegen den Genossen Schumann ins Feld zu führen; es soll damit nur festgestellt sein, daß sich unsere ganze Bewegung auf Theorien aufbaut, die denen des Genossen Schumann entgegengesetzt sind. Was sollte unter diesen Umständen die Einsetzung einer Studienkommission für einen Sinn haben? Sie könnte doch nur die Tatsache bestätigen, daß die Auffassung, man könnte durch eine Währungsreform die Macht des Finanzkapitals brechen, und die Partei müßte daher den Kampf um eine solche Währungsreform zu ihrer Hauptaufgabe machen, von niemand anderem geteilt wird als von dem kleinen Kreis um Silvio Gesell. Diese Tatsache ist aber heute auch schon allgemein bekannt.“

Man lese aufmerksam die folgenden Sätze:

„ . . . Von einigen Vertretern des extremsten Liberalismus abgesehen, ist heute das Streben der Nationalökonomien in ihrer überwiegenden Mehrheit darauf gerichtet, Wege ausfindig zu machen, die zu einer Milderung oder gar Beseitigung der Konjunkturschwankungen führen. Auf welchen Erfolg solche Bemühungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft rechnen können, ist eine andere Frage. Sicher ist, daß jede Maßnahme, die zu einer Milderung der Konjunkturschwankungen führt, einen Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaftsorganisation bedeutet.“

Deshalb kann auch vom sozialistischen Standpunkt die Entscheidung über die Frage der Währungspolitik nicht schwer fallen. Sie kann nicht in der Richtung der Stabilisierung des äußeren Geldwertes liegen . . ., sondern in der Richtung der Stabilisierung des inneren Geldwertes, also des Preisniveaus, wengleich wir uns über die beschränkte Wirksamkeit dieser konjunkturstabilisierenden Maßnahmen keinen Illusionen hingeben.“

Und wer schrieb das? Alfred Braunthal im Januarheft 1929 der „Gesellschaft“. Heute gehört Braunthal zu den extremsten Liberalisten, die „der Notenbank möglichst vollkommen freien Spielraum“ lassen wollen. Nichts anderes als das, was Braunthal damals in seinem Schlußsatz fordert, vertrete ich. Allerdings nicht nur als „Kampfpapier“, sondern indem ich konkrete Vorschläge mache. . .

Man beachte auch die Vorsicht Braunthals, mit der er es vermeidet, seine Konjunkturtheorie anzugeben, die er der monetären entgegenzusetzen hat. Er hat doch die Wahl unter den drei Dutzend verschiedenen, einander widersprechenden Konjunkturtheorien, die von ihm und seinen Freunden kolportiert werden. Ich nenne nur einige: Die Überproduktionstheorie, die Arbeitszeit-, die Rationalisierungs-, Hochwasser-, Kälte-, Flachdach-, Böswilligkeitstheorie usw.

Die allgemeine Begründung der Konjunkturen mit „dem Kapitalismus“ ist eine so allgemeine Redensart, daß die Partei, um zu dieser „Erkenntnis“ zu kommen, wirklich keine Forschungsstelle einzurichten braucht. Wenn Sie also die monetäre Krisentheorie für falsch halten, Genosse Br., welche Theorie vertreten Sie?

*

14. „Unabhängig von dieser tiefgehenden Meinungsverschiedenheit über die Bedeutung der Währungsfragen für die Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung könnte freilich noch die Frage geprüft werden, ob nicht doch eine Währungsreform einen gewissen Nutzen bringen könnte und in der Richtung unserer wirtschaftspolitischen Bestrebungen läge. Auch über diese Frage gehen die Meinungen auseinander. Wir möchten aber den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß man auf dem Wege der Währungspolitik die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur zu verringern und damit die Gefahr der Wirtschaftskrise etwas zu mildern vermag.

Tatsächlich ist ja heute die Währungspolitik der Notenbanken schon auf dieses Ziel eingestellt, und unsere wirtschaftspolitischen Organe arbeiten dauernd in der gleichen Richtung, ohne daß es dazu der Einsetzung einer Studienkommission und einer Ergänzung des Parteiprogramms bedürfte.

Nun könnte man sich zwar vorstellen, daß eine Währungspolitik, die von der Bindung an das Gold befreit wäre, einen noch stärkeren Einfluß auf die Konjunkturschwankungen ausüben könnte, als es heute möglich ist.

Selbst wenn man diese Auffassung teilte, könnte man aber keinesfalls so weit gehen wie manche anglo-sächsische Nationalökonomien, die sich von einer solchen Währungsreform eine völlige Stabilisierung der Konjunktur, also eine Art konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft versprechen.

Wir sind vielmehr fest davon überzeugt, daß die Konjunkturschwankungen nur mit der kapitalistischen Wirtschaft selbst verschwinden werden können.“

Hier wird ein wesentliches Eingeständnis gemacht. Man kann also doch nach der Meinung Braunthals auf dem Wege der Währungspolitik die Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur beeinflussen! Es ist aber eine Irreführung des nichtorientierten Parteivorstandes, wenn Br. behauptet, die Währungspolitik sei schon heute auf dieses Ziel eingestellt. Dem widerspricht allein schon die Tatsache, daß die Frage der Goldknappheit heute zu einer Weltdiskussion geworden ist, worüber offenbar nur die „glänzend isolierte“ Forschungsstelle nicht orientiert ist.

Oberster Grundsatz der Notenbanken ist die Erhaltung der Golddeckung ohne Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft. Daß aber „unsere

wirtschaftspolitischen Organe" in derselben Weise arbeiten wie die Notenbanken — d. h. im Interesse der Goldbesitzer dieselbe arbeiterfeindliche Geldpolitik unterstützen —, ist eine furchtbare Beschuldigung.

*

15. „Immerhin, es mag sein, daß die Frage einer Loslösung oder zumindest einer gewissen Lockerung der Bindung vom Gold einmal auf die Tagesordnung gestellt werden wird, vielleicht dann, wenn die Befürchtungen einiger Nationalökonomien, daß die Goldproduktion allmählich der wachsenden Nachfrage nach Gold nicht mehr nachkommen kann und daher ein konjunkturell bedingter Preisdruck bevorstehe, wirklich einmal eintreffen sollten. Es hätte aber nicht viel Sinn, heute schon eine Studienkommission einzusetzen, die sich mit diesem Fall, dessen Eintreffen noch ungewiß ist und jedenfalls in ungewisser Ferne liegt, zu beschäftigen hätte.

Daß die Partei, wenn wirklich einmal die Frage einer Änderung der Währungsgrundlage im weltwirtschaftlichen Rahmen akut werden sollte (es ist dabei, wie oben erwähnt, in erster Linie an den Fall einer Goldverknappung zu denken), sehr energisch nach einer Lösung suchen und sich für sie einsetzen wird, die den sozialen Interessen der Arbeiterklasse am meisten gerecht wird, versteht sich von selbst. Deshalb braucht sie aber heute noch keine Untersuchungskommission einzusetzen.“

Die jährliche Goldproduktion beträgt nach Professor Keynes etwa 80 Millionen Pfund Sterling, wovon annähernd die Hälfte für monetäre Zwecke verfügbar ist. Das sind etwa zwei Prozent des zur Zeit monetisierten Goldes, das Keynes mit 2000 Millionen Pfund Sterling ansetzt. Nun beträgt der jährlich aus dem Fortschritt resultierende Zuwachs des Wirtschaftsvolumens und damit des Goldbedarfs zirka drei Prozent. Daraus ergibt sich, daß entweder die Banken der Welt die Grundlage ihrer Geldschöpfung von Jahr zu Jahr um ein Prozent vermindern müssen oder eine kontinuierliche Senkung des Preisniveaus um ein Prozent pro Jahr stattfindet. . .

Nach Professor Cassel „wäre 1925 eine jährliche Goldproduktion von 2219 Millionen Goldmark erforderlich gewesen. Die Jahresproduktion betrug aber 1925 nur 1655 Millionen Goldmark und blieb damit sehr bedeutend hinter dem normal erforderlichen Betrag zurück. Es fehlte in den letzten Jahren über eine halbe Milliarde Goldmark in der normalen jährlichen Goldproduktion. Soweit wir jetzt sehen können, sind keine Aussichten dafür vorhanden, daß dieses große Defizit ausgeglichen werden könne. Bei konstant bleibender Goldproduktion muß die Welt unvermeidlich vor ein stets wachsendes Defizit in der Goldproduktion gestellt werden. . .“

*

16. „Übrigens würde die Erörterung einer solchen Frage rein akademischen Charakter tragen, denn Deutschland könnte mit einer Änderung der Währungsordnung auf keinen Fall vorangehen. Deutschland ist für die Dauer der Geltung des Young-Planes an die Golddeckung gebunden. Die Partei hat sich für die Annahme des Young-Planes eingesetzt. Wir könnten unmöglich unmittelbar nach der Annahme des Young-Planes in einem entscheidenden Punkt eine Änderung anstreben.“

Der Young-Plan ist ein Diktat der internationalen Hochfinanz (Morgan!). Daß Robert Schmidt an den Verhandlungen im Haag „teilnahm“, ändert am Charakter des Young-Planes bestimmt nichts. Interessant ist immerhin, daß man vor der Annahme „unseres“ Young-Planes in unserer Presse nichts gegen die Goldwährung schreiben durfte, um Schacht und Morgan nicht zu

vergrämen. Nach der Annahme soll man es nicht, weil „wir“ (wir sind aber gar nicht gefragt worden; im Gegenteil, man hat uns mundtot gemacht!) ihn mit angenommen haben.

Es interessiert mich auch das Eingeständnis, daß die Goldwährung „ein entscheidender Punkt“ des Young-Planes ist. Wie entscheidend dieser Punkt ist, darüber lese man unter Schacht nach! E. Heilmann stellt die Währung als ein ganz harmloses Barometer hin.

*

17. „Aber auch sachlich wäre es ein gefährliches Beginnen, eine Währungsreform in Deutschland anzustreben, die von den anderen Nationen nicht mitgemacht würde. Ein Land, das so innig mit der Weltwirtschaft verflochten ist, das so stark auf die Förderung des Außenhandels und für absehbare Zeit auf den Zustrom ausländischen Kapitals angewiesen ist wie Deutschland, kann es sich nicht leisten, seine Währung von der der anderen Länder loszulösen oder auch nur Bestrebungen in dieser Richtung laut werden zu lassen.

Wenn die Alternative lautet: Stabilisierung der Preise, wie sie sich die Währungsreformer erhoffen — eine Hoffnung, die uns jedenfalls übertrieben erscheint — oder Stabilität der Devisenkurse, die nur durch Festhalten an der Weltwährung, d.h. für absehbare Zeit an der Goldwährung, ermöglicht wird, dann kann es für ein Land von der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands überhaupt keine Wahl geben.“

Überall, in der ganzen Welt, werden Bestrebungen gegen die Goldwährung laut. . . Einzig allein der „Forschungsstelle“ bleibt es vorbehalten, die deutsche Arbeiterklasse, die doch am allerstärksten unter diesen Verhältnissen zu leiden hat, von der Diskussion des Goldproblems zu „isolieren“. Bisher ist ihr das ja auch „glänzend“ gelungen.

Die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Preise ist für Braunthal heute übertrieben. Im Januar 1929 wurde sie in der „Gesellschaft“ als das einzig Richtige empfohlen.

Mit der „Loslösung unserer Währung von der anderer Länder“ kann man nur absoluten Nichtwissern auf geldpolitischem Gebiet Angst machen.

. . . Die Golddeckung bewirkt lediglich, daß man für eine Reichsmark, einen Dollar, ein Pfund Sterling in der ganzen Welt stets dieselbe Goldmenge erhält, die für die einzelnen Währungseinheiten einmal festgesetzt wurden, während das Preisniveau der Waren auf und ab tanzt. Daran mögen die Goldmanipulanten ein Interesse haben — wir sollten andere Sorgen haben.

Wenn man z. B. in Deutschland den Goldstandard aufgeben würde, so könnte man den Geldumlauf so regulieren, daß der Geldpreis — gemessen am Warendurchschnitt — steigt, fällt oder aber stabil bleibt. Das Gold ist dann eine der vielen Waren, deren Preise innerhalb des Preisniveaus auf und ab steigen wie die Wellen auf dem Meeresniveau. Spekulationen in Gold gehen dann immer auf Kosten der anderen Goldbesitzer — zu denen ja das Proletariat nicht gehört. Sie können aber nie das Preisniveau und damit durch Inflation und Deflation den Wirtschaftsablauf beeinflussen.

Der internationale Handel ist ein geldloser Warenhandel; auch das Gold wird nur als Ware gehandelt. Darum hat es Handel zu allen Zeiten auch zwischen Ländern mit den verschiedensten Währungsgrundlagen gegeben. Aus der Zeit der Inflation wissen wir sogar, daß der Handel sich nach der Währung richtet, deren innere Kaufkraft am stabilsten ist. Es wäre daher ohne weiteres möglich, daß wir in Deutschland die Goldschaukel verlassen und den Index stabilisieren. Damit würde zum ersten Male in der Geschichte ein fester Punkt in der Erscheinung Flucht gebildet, an dem sich der internationale Handel orientieren kann. . .

18. „Schließlich spricht noch ein schweres wirtschaftspolitisches und all-gemeinpolitisches Bedenken gegen den Plan der Einsetzung einer Studienkommission. Die Vorgänge des vorigen Jahres haben leider deutlich gezeigt, daß die Stabilität der deutschen Währung psychologisch noch immer nicht genügend unterbaut ist, daß die Inflations-psychose noch immer nicht völlig verschwunden ist. Eine rasch vor-übergehende außenpolitische Krise (Schacht-Memorandum in Paris) genügte, um wieder die schwerste Beunruhigung über das Schicksal der deutschen Währung hervorzurufen (die psychologisch freilich vorbereitet und geschürt wurde durch die außenpolitische Fronde der Deutschnationalen), und die beklagenswerte Folge dieser Währungs-psychose war eine schwere Erschütterung der ganzen deutschen Wirt-schaft, Verstärkung der Kapitalflucht, Verlangsamung der Sparbil-dung usw. Würde heute die größte Partei Deutschlands eine Studien-kommission zur Untersuchung der Währungsfragen einsetzen, so würde die Beunruhigung über die Zukunft der deutschen Währung und das psychologische Unsicherheitsgefühl neue Nahrung erhalten. Unsere Gegner würden sagen, und auch in unseren eigenen Reihen würde sich das Gefühl einschleichen, daß die Sozialdemokratie selbst nicht an die Stabilität der deutschen Währung glaubt, ja daß sie der Stabilität der Währung vielleicht gar einen schweren Schlag versetzen wolle. Die Verantwortung für die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die von der Ausbreitung einer derartigen Stimmung durch das Anrühren der Währungsfragen zu befürchten wäre, könnte die Partei nur sehr schwer tragen.“

Das ist ja eine merkwürdige Währung, die bereits wackelt, wenn man sie „berührt“! Aber angeblich soll doch die Deckung oder der „Goldkern“ die Währung fest und unerschütterlich machen???

*

19. „Aus all diesen von uns angeführten Gründen sind wir der Auffas-sung, daß die Einsetzung einer Studienkommission, wie sie der Ge-nosse Schumann verlangt, nicht nur, zumindest für absehbare Zeit, **überflüssig**, sondern im gegenwärtigen Zeitpunkt sogar aus wirt-schaftspolitischen und taktischen Gründen bedenklich wäre.“

Man kann wohl behaupten, daß fadenscheinigere „Gründe“ gegen eine aktive Währungspolitik kaum zusammengesucht werden können. Inzwischen hat die Partei — nachdem sie die Young-Plan-Kastanien aus dem Haag ge-holt hatte — eine bedenkliche Niederlage im Wahlkampf erlitten, während die Wirtschaftslage einer Katastrophe entgegentreibt.

Genau wie damals in England werden große Goldmengen vom „Deckungs-schatz“ der Reichsbank abgehoben und ins Ausland geschafft. Nachdem die Wirtschaft durch die dauernde Ankündigung eines „Preisabbaues“ zum Stocken gekommen war, wird nunmehr die Reichsbank, „gezwungen“, durch die Verminderung der Golddeckung, den Notenumlauf und damit die Wirt-schaft zu drosseln.

Die großen Regisseure treffen sich inzwischen im Großen Hauptquartiere. Die bürgerliche Presse berichtete:

„Wie aus London verlautete, wird sich der Gouverneur Montague Nor-mann von der Bank von England in den nächsten Tagen nach New York zur Teilnahme an der dortigen Konferenz der Notenbankpräsidenten be-geben, an der auch die Reichsbank und die Bank von Frankreich durch Luther und Moreau vertreten sein werden. In der englischen Öffentlichkeit wird dieser New Yorker Bankiersbesprechung, in deren Mittelpunkt die Weltwirtschaftsdepression und das Goldproblem stehen werden, große Be-deutung beigemessen. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt blei-ben, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern von London, wo er einige Tage weilte, nach New York abgereist ist.“

Es gehört wirklich ein trauriger Mut dazu, Arbeiterführern, von deren Entschlüssen das Schicksal der gesamten Arbeiterklasse abhängen kann, auf ihre Anfragen ein Gutachten zu liefern, welches zu den gegebenen Tatsachen in offensichtlichem Widerspruch steht — ganz abgesehen von den Schlußfolgerungen, die man als vorbehaltloser Sozialist aus diesen Tatsachen ziehen muß.

Was Notenbankpräsidenten „am Herzen liegt“

Das Erscheinen des Buches „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ fand ein weites Echo, so daß sich die Herausgeber entschlossen, eine Schriftenreihe unter dem Titel „Arbeit und Geldpolitik“ herauszubringen, die vom Januar 1931 bis Juli 1932 eine Gesamtauflage von rund 50 000 Exemplaren erreichte.

In der ersten Ausgabe griffen die Herausgeber den Reichsbankpräsidenten Dr. Hans Luther heftig an, wobei sie den nachstehenden Ausspruch von Professor Cassel zitierten:

„Die Verantwortung, die die Leiter der Geldpolitik für die heutige verhängnisvolle Entwicklung tragen, ist in der Tat so fürchterlich, daß der Eifer leicht zu verstehen ist, womit man auf der Seite der Notenbanken jeden Einfluß auf diese Entwicklung abzulehnen sucht.“

In der Folge zitierten sie aus der Tagespresse:

„Sehr geehrte Herren“, so begann Herr Luther, zu dem neben ihm sitzenden Herrn Duisberg gewandt, „ich benutze gerne die Gelegenheit, um Bemerkungen über die Probleme zu machen, die naturgemäß dem Reichsbankpräsidenten gegenwärtig besonders am Herzen liegen. Es ist in dieser Eigenschaft nicht meine Aufgabe, die Ursachen für die schwere Erwerbslosigkeit, die gleich qualvoll für das deutsche Volk wie für die deutsche Wirtschaft ist, zu analysieren. Das Wirtschaftliche leidet Not — die Reichsmark aber steht fest. Trotz eines Angriffs auf den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank würde die Reichsmark in ihrem Werte erhalten bleiben. Die Machtmittel dazu besitzt sie und würde sie zur Rettung des Vaterlandes trotz der damit verbundenen Härten anwenden und anwenden müssen. Denn die Reichsbank darf Reichsbanknoten nur ausgeben, wenn sie als Gegenwert dafür in einem gesetzlich geregelten Verhältnis Gold oder dem Golde gleichgeachtete Auslandswerte (sogenannte Devisen) besitzt.“

Hierzu schrieben die Herausgeber:

„Zunächst sollte es sich die deutsche Arbeiterklasse ganz energisch verbitten, daß der Mann mit den 280 000 Mark Jahreseinkommen von der Rettung des Vaterlandes spricht. Das ist eine beispiellose Geschmacklosigkeit.“

Was heißt denn: „Die Reichsmark bleibt fest“? Sie bleibt fest gegründet auf dem Golde! Man bekommt stets für 2790 Papiermark ein Kilo Gold. Aber wieviel man Waren für sein Geld bekommt — wieviel Blut im Organismus der Wirtschaft zirkulieren kann, das bestimmt die Hand an der Gurgel des Vaterlandes, eben Herr Dr. Hans Luther.

Was Luther „darf“ und „muß“, ist: Das goldene Kalb auf dem Throne zu schützen und zu beweihräuchern — mag auch „das Wirtschaftliche Not leiden“, mögen damit „auch wirtschaftliche Härten verbunden sein“, mögen vier Millionen Arbeitslose verhungern. Das liegt einem „deutschen“ Reichsbankpräsidenten nicht am Herzen! Denn Herr Luther bezieht 280 000 Mark im Jahre, ob es dem deutschen Volke schlecht oder gut geht. Je weiter aber die Aufwertung des Geldes fortschreitet, desto kaufkräftiger werden jene 280 000 Mark.

Auch Dr. Hans Luther plagt bereits der Teufel, und so schleudert er sein Tintenfaß gegen die Wand — ein Zeichen seines bösen Gewissens:

„Nur aus der großen Not der Zeit ist zu verstehen, daß phantastische Gedanken über die Schaffung neuen Geldes auftauchen. Manchmal kleiden sie sich in die ebenso einfache wie sinnlose Formel: Weg mit dem Gold als Währungsgrundlage! Die Zeche für unmögliche Geldschöpfungsversuche würde die Wirtschaft und damit das deutsche Volk bezahlen müssen. Die verantwortlichen Urheber solcher Gedanken hätten, ehe sie von ihnen ins Volk getragen werden, die Pflicht, sich ernsthaft mit dem großen Erfahrungsschatz der Menschheit in Geldfragen auseinander zu setzen. Es gibt genug geschichtliche Darstellungen der Wirtschafts- und Währungskatastrophen; man hat diese Katastrophen beschrieben, damit künftige Geschlechter aus ihrer Beschreibung sie zu vermeiden lernen.“

Man kann von einem Leiter einer internationalen Geld-Fabrik nicht verlangen, daß er ein ordentliches Deutsch spricht. Die ‚Herren‘, mit denen Luther geschäftlich zu tun hat, beherrschen die deutsche Sprache ja noch viel mangelhafter. . .

Wie z. B. jemand ‚die Rechnung für eine Geldschöpfung bezahlen‘ kann, wenn eben diese Geldschöpfung doch ‚unmöglich‘ sein soll, bleibt das Geheimnis ‚unseres‘ Luthers. Was Herr Luther über die Sache sagt, grenzt an Aberglauben. Die Wirtschafts- und Währungskatastrophen der Vergangenheit hatten stets nur zwei Ursachen: Entweder wurde die Wirtschaft übermäßig mit Geld versorgt oder ungenügend. Das erste bewirkte eine Inflation, das zweite eine Deflation.

Heute wird durch die Hand an der Gurgel des deutschen Volkes — im Rahmen der internationalen Goldknappheit — die Wirtschaft erdrosselt. Die vier Millionen Arbeitslose hat die Reichsbank, hat Herr Luther auf dem Gewissen. Denn sein Erfahrungsschatz, ‚das, was er aus ihrer Beschreibung, sie zu vermeiden, gelernt hat‘, beschränkt sich auf einen Satz: Man muß dafür sorgen, daß man für 2790 Mark immer ein Kilo Gold bekommt. Ob dabei die Wirtschaft vor die Hunde geht, das ist gleichgültig. Und der Mann, der noch nicht einmal die deutsche Muttersprache beherrscht, erlaubt sich, die Forderung ‚Los vom Golde!‘ als phantastisch und sinnlos zu bezeichnen. Uns erscheint etwas anderes phantastisch, Herr Luther: Die 280 000 Mark, die Sie jährlich (wofür?) erhalten. Und uns erscheint sinnlos, daß die deutsche Arbeiterklasse noch länger diese Hand an ihrer Gurgel ertragen soll.“

Luther hatte in seiner Rede ferner bemerkt:

„Die Weltwirtschaftskrise hat uns erfaßt.“

„Wissen wir überhaupt, was die Weltwirtschaftskrise noch in ihrem Schoße birgt?“

„Die Neigung zur unfruchtbaren Kapitalhortung (Luther meinte Goldhortung!), die besonders in der französischen Nation besteht, muß überwunden werden.“

„Die Goldaufwertung ist eine Tatsache, die sich innerhalb der Krise vollzieht. Daran ändert nichts, daß ihr Umfang noch nicht festzustellen ist und daß die Rohstoffländer gegen sie ankämpfen. Unvorstellbar ist es mir, daß diese Tatsache der Goldaufwertung keine Rückwirkung auf die Höhe der Reparationen haben sollte. (Ihre Last stieg entsprechend der fortschreitenden Preissenkung!).“

„Die durch die Goldaufwertung bedingte Umwertung aller Preise (lies: Preissenkung!) eröffnet dem Tüchtigen neue Möglichkeiten neuer Betätigung. Zwar liegen auf diesem Wege ernste und tiefgreifende Schwierigkeiten. Aber in unserer jetzigen Lage kann das Ziel nur sein, die Werte in Deutschland möglichst schnell ‚umzuzeichnen‘.“

Die Herausgeber von „Arbeit und Geldpolitik“ meinten dazu u. a.:

Die Goldaufwertung ist also eine „Tatsache“, und wie weit sie geht, ist noch nicht zu überblicken. Goldaufwertung ist dasselbe wie Preissenkung, wodurch „ernste und tiefgreifende Schwierigkeiten“ erzeugt werden, nämlich vier Millionen Arbeitslose — das sind wahrscheinlich diejenigen, die nicht so „tüchtig“ sind wie der Mann, der im Jahre 280 000 Mark bezieht —, Hunger, Elend und Bürgerkrieg. Wiederum sehen wir die Ursachenkette — Goldknappheit, Goldaufwertung, Preissenkung, Arbeitslosigkeit — ausdrücklich bestätigt, diesmal von der Richtung Luther. Darum: Fort mit Luther! Los vom Golde! Stellung des Geldes unter Umlaufzwang! Stabilisierung des Preisniveaus! Dann gibt es Arbeit, Frieden und Freiheit!

In der gleichen Ausgabe wurde ein Aufsatz aus dem „Hamburger Echo“ (Nr. 11/1931) nachgedruckt, in dem sich der SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber mit der „französisch-englischen Gold-Entente“ befaßt hatte. Leber löckte wider den goldenen Stachel. Er wurde nach 1933 hingerichtet, während die Befürworter des Goldwahnes sämtlich Deutschland rechtzeitig verließen.

„Der verfluchte Hunger nach dem Gold!“, hatte Leber geschrieben. „Solange es Menschen gibt, scheinen sie von dem gleißenden gelben Metall verzaubert zu sein, haben sie getanzt ums goldene Kalb, ließen sie sich von der Macht des Goldes leiten und beherrschen. . .“

Da man sich einbildete, daß Gold seinen Wert gar nicht oder doch nur sehr wenig verändert, habe man geglaubt, in ihm den idealen Wert- und Tauschmesser gefunden und gewählt zu haben. Aber schon Adam Smith habe gezeigt, daß das Gold in seinem Werte in einer Epoche von dreißig Jahren stetig fiel und am Ende kaum noch die Hälfte galt. Und dieses Gold nehme einen international wirksameren Einfluß auf die Gestaltung und Organisation der einzelnen Volkswirtschaften, als wir ahnten.

Weiter heißt es:

„Die allgemeine Faulheit der Weltmarktpreise und die Wirtschaftskrise finden einen ihrer wesentlichsten Gründe in der internationalen Goldpolitik.“

Leber zeigte, daß London bereit gewesen sei, eine Revision der dem Deutschen Reiche auferlegten Reparationen zuzustimmen. Frankreich aber, dessen „Gold zur Zeit eine noch stärkere Macht ist als seine Armee“, habe das verhindert. Und so schloß Leber:

„Die Kurve der Goldströme hat sich als mächtiger erwiesen, denn der Ruf der Ideale. Noch immer ist das Gold der Herr der Welt! Noch immer — wie lange noch?“

Lebers Stimme ging unter wie die des Rufers in der Wüste. Die anderen waren stärker.

SPD auf dem Wege ins „Dritte Reich“

Am 4. Januar 1931 führte der SPD-Bezirk Ostthüringen, der rund 10 000 Mitglieder umfaßte, im großen Saal des Altenburger Volkshauses eine währungspolitische Konferenz durch. Hunderte von zum großen Teil arbeitslosen Parteimitgliedern waren stundenweit zu Fuß herbeigeeilt und hörten zunächst die grundlegenden Ausführungen von H. Schumann. Als Korreferenten waren aus Berlin erschienen Dr. Braunthal und Dr. Naphtali.

Noch im Januar 1929 hatte Braunthal in der „Gesellschaft“ geschrieben: „Vom sozialistischen Standpunkt aus kann die Entscheidung über die Frage der Geldpolitik nicht schwer fallen. Sie kann nur in der Richtung der Stabilität des Preisniveaus liegen.“

In Altenburg behauptete er, Schumann überschätze die Bedeutung der Geldpolitik. Eine selbständige Geldpolitik bringe eine Loslösung von der Weltwährung, eine Loslösung vom Golde sei international (!) zu erstreben, aber keine neue Bindung etwa an einen Index, sondern vollkommen freie Währungspolitik.

Naphtali, der Schumann während dessen Ausführungen den Rücken kehrte und in einer Zeitung las, nannte es „parteischädigend“, zu sagen, man könne durch einen richtigen Hebeldruck die Krise beheben; denn „daraus würden die Massen folgern, es liege nur an den Führern, wenn das nicht geschehe“. Der Kampf, so betonte er, müsse nicht auf die Geldpolitik, sondern auf die Arbeitslosenfürsorge konzentriert werden. Infolge der Krise seien die Löhne gesunken. Um den Reallohn der Arbeiterklasse wieder herzustellen, müsse man die Preise senken. Außerdem seien international die Preise gesunken, und infolgedessen müßten wir mitmachen.

Unter großer Empörung der Zuhörer drohte Naphtali: „Wir werden dafür sorgen, daß die Partei an der Währungsfrage nicht verrückt wird.“ Die Partei wurde 1933 durch Hitler zerschlagen. Naphtali starb nach 1945 als Berater einer ausländischen Regierung!

Appell an den Internationalen Gewerkschaftsbund

Im Januar 1931 führte der Internationale Gewerkschaftsbund in Zürich eine „Krisentagung“ durch. In einer Tagungspause gelang es einer Schweizer Bürgerin, nachfolgende von Hans Schumann in deutscher und englischer Sprache verfaßte Denkschrift an die Teilnehmer, unter denen sich auch Dr. Naphtali befand, zu verteilen:

Werte Genossen!

Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende merkwürdige Zusammenhänge zu lenken:

1. Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm forderte bekanntlich die Stabilisierung des Preisniveaus „zur Sicherung der Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse“.

Der IGB schrieb in seiner Pressekorrespondenz:

„Es gibt kein Argument zur Verteidigung einer Methode, bei der es möglich ist, daß Spekulationen mit Gold das Land in ernste Gefahr bringen. . . Was hat es für einen Wert, über Wirtschaftsfrieden, Mitspracherecht und Gewinnbeteiligung zu reden, wenn alle Anstrengungen der Arbeiterklasse und der Leiter der Industrie von jenen zunichte gemacht werden, die mit Gold manipulieren?“

2. Als ich dem Generalsekretär des IGB praktische Vorschläge unterbreitete zum Kampfe gegen die Goldversklavung der Arbeiterklasse, antwortete er mir:

„Diese Spezialfrage hat die Tätigkeit der Gewerkschaften nie beeinflußt.“

3. Dr. Alfred Braunthal schrieb im Januar 1929 in der „Gesellschaft“:

„Vom sozialistischen Standpunkt aus kann die Entscheidung über die Frage der Währungspolitik nur in der Richtung der Stabilisierung des Preisniveaus liegen.“

4. Auf der ersten sozialdemokratischen währungspolitischen Konferenz in Altenburg (4.1.1931) forderte Braunthal eine völlige Freiheit für die

Währungspolitik — also Inflation und Deflation nach freiem Ermessen der Notenbanken!

5. Dr. Fritz Naphtali schrieb im November 1930, daß „in den langfristigen Krisen ein gewisser Zusammenhang bestehe zwischen der Preisbewegung und der Bewegung der Goldversorgung“.

In Altenburg forderte er — im Gegensatz zu den Stockholmer Beschlüssen — den Abbau der Preise, denn da infolge der Krise die Löhne gesunken seien, müsse man durch Preissenkung den Reallohn wiederherstellen.

Denen, die im Einklang mit den Stockholmer Beschlüssen die Stabilisierung des Preisniveaus und zu dessen Erreichung die Aufhebung der Goldwährung forderten, sagte er „den schärfsten Kampf“ an, da dadurch in den Massen der Glaube erweckt werde, man könne durch die Währungspolitik die Krise bekämpfen, und es läge nur an den Führern, wenn das nicht geschähe.

Es stehen sich also gegenüber:

I. Die Interessen der Internationalen Hochfinanz.

Diese erfordern: Erhaltung der Goldwährung, da durch sie die Arbeiter aller Länder den Manipulationen der Goldinteressenten ausgeliefert sind, Erhaltung der Goldwährungen auch dann, wenn über die normalen Störungen (infolge Geldumlaufsstockung wegen mangelnder Rentabilität!) hinaus infolge Goldmangels oder Goldstauung Krisen in internationalem Ausmaß erzeugt werden.

II. Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern dagegen:

Stabilisierung des Preisniveaus unter allen Umständen.

Die Gewerkschaftliche und Sozialistische Internationale sollten sich nicht von Experten hinters Licht führen lassen, deren Vorschläge sich objektiv mit den Wünschen derer decken, die „mit Gold manipulieren“.

IGB und DAI sollten sich nicht von Experten beraten lassen, die im Gegensatz zu den Stockholmer Beschlüssen objektiv die Verschärfung der Krise durch Preisabbauparolen fordern und fördern, obwohl sie wissen, daß diese Preissenkungen lediglich eine Folge der Goldpolitik sind, die ihr Maßnahmen empfehlen, die wie Arbeitszeitverkürzung und Verlängerung der Schulpflicht lediglich die Not vergesellschaften.

Der IGB und die SAI sollten vielmehr den ihnen angeschlossenen Organisationen aufgeben, sofort in den einzelnen Ländern den Kampf gegen die Goldwährung für eine preisstabile Währung aufzunehmen und — je nach den gegebenen Möglichkeiten — die Loslösung von der Goldwährung national durchzuführen.

IGB und SAI sollten die jetzige Zwangslage der „nationalen“ Geldfabriken zu einem internationalen Vorstoß benutzen und eine internationale Regelung der Währungsfrage mit dem Ziele einer Internationalen Valuta-Assoziation erstreben, die die Einführung einer internationalen Geldnote übernimmt.

Als vorhaltlosen und unabhängigen Sachverständigen über die Frage der Geldpolitik empfehle ich Ihnen Genossen Fritz Schwarz, Bern, Schwarztorstraße 76.

Schwarz wurde nach 13jähriger Parteizugehörigkeit wegen seiner Bekämpfung des Schweizer Währungsverbrechens von der SPS ausgeschlossen.

Die Goldwährungen sind die Nägel, mit denen die Arbeiterklasse ans Kreuz des Kapitalismus geschlagen wird. Ihre Beseitigung ist der erste entscheidende Schritt auf dem Wege zum Sozialismus!

Mit sozialistischem Gruß! gez. Hans Schumann

Schumann erreichte mit seinem Appell, daß die Teilnehmer der Krisen- tagung in der Mehrheit zu der Überzeugung kamen, das ewige Auf und Ab der Preise müsse krisenverschärfend wirken. Doch erwiesen sich die „Gold- Experten“ der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern in der Folge als stärker und wußten sowohl die Beschlüsse des IGB-Kongresses in Stockholm 1930, der die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes gefor- dert hatte, als auch die Empfehlungen der Zürcher Krisen tagung erfolgreich zu sabotieren.

Vom Leipziger Parteitag der SPD im Jahre 1931

Die geldpolitischen Anträge zum Leipziger Reichsparteitag der SPD im Jahre 1931, die in der März Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit und Geld- politik“ veröffentlicht wurden, zeigen, wieweit es den Herausgebern Erich Mäder und Hans Schumann in ihrem Ringen gegen Preisabbau und Gold- aufwertung gelungen war, die Totschweigetaktilik der Partei-„Experten“ zu durchbrechen. Die nachstehenden Anträge ließen die Diskussion des An- liegens der Deflationsgegner auf dem breiten Forum des SPD-Parteitages als unausweichlich erscheinen:

„Der Parteiverein Schmölln fordert, daß die Parteileitung im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die inter- nationale Goldaufwertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpft.

Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammen- hänge mit dem Konjunkturverlauf von größter Wichtigkeit für die Ar- beiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkte aus die Forderung aufzustellen, daß die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Be- schäftigungsmöglichkeit das Preisniveau ohne Rücksicht auf die Wechsel- kurse freizugeben haben.

Die Parteileitung wird beauftragt, für eine schnelle vorbehaltlose Klärung dieser Frage Sorge zu tragen.“

Dazu wurde am 8. März 1931 in Altenburg beschlossen:

„Der Unterbezirksparteitag hält die im Antrag Schmölln angeschnitte- nen Fragen im Hinblick auf die Zürcher Beschlüsse des IGB und der SAI und auf die Drohung des Reichsbankpräsidenten Luther für außer- ordentlich wichtig und fordert Bezirks- und Parteileitung auf, für eine schnelle Klärung dieser Fragen Sorge zu tragen.“

Auf dem Bezirksparteitag der SPD, Bezirk Pfalz, wurde am 12. April 1930 folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Bezirksparteitag ersucht den Parteivorstand, sich mit der Wäh- rungspolitik eingehend zu befassen. Dieses Problem wird heute inter- national und auch in den Reihen unserer Parteigenossen lebhaft disku- tiert. Es erscheint daher angebracht, daß die SPD in dieser volkwirt- schaftlich außerordentlich wichtigen Frage möglichst bald zu einer der Aktivität der Partei dienenden klaren und eindeutigen Stellungnahme kommt.“

Das gleiche Anliegen trugen Parteigenossen in Lippe vor:

„Der Parteiverein Sylbach-Lippe hält es im Interesse der Arbeiter- klasse für wichtig, daß die Parteileitung die Diskussion über die bisher stark vernachlässigten Fragen der Geldpolitik innerhalb der Partei auf breiter Grundlage aufrollt und baldmöglichst zu einer Klärung bringt, die im Interesse der Arbeiterklasse liegt.“

Der SPD-Bezirk Hamburg 33 beantragte:

„Der Parteitag wolle beschließen, daß der Parteivorstand die Währungsfrage zur schnellen Klärung bringt. Dieses Problem verdient in unseren Reihen eingehend diskutiert zu werden mit dem Ziele, einen entsprechenden Abschnitt im Parteiprogramm aufzunehmen.“

Rettungsversuch in letzter Stunde

Vom Verlauf des Leipziger Parteitages der SPD hing es ab, ob die Arbeiterbewegung in letzter Minute mit jener Zuversicht erfüllt werden konnte, die die Voraussetzung war für die Rettung der Weimarer Demokratie. Wie die Herausgeber von „Arbeit und Geldpolitik“ in der Märzausgabe 1931 ihrer Schriftenreihe über den Verlauf des Parteitages berichteten, waren 15 000 Flugblätter — Sonderdrucke eines Artikels der „Ostthüringer Volkszeitung“ in Deutschland verteilt worden, worin es hieß:

„Die Ursache der heutigen politischen Krise ist die Wirtschaftskrise. Die politischen Schwierigkeiten der Partei liegen begründet in der Passivität gegenüber der Krise. Die Passivität gegenüber der Wirtschaftskrise liegt begründet in fehlerhaften Erklärungen der offiziellen Krisentheoretiker. Die falschen Krisenerklärungen bewirken falsche und unklare Forderungen. Passivität gegenüber der Krise oder ungeeignete Vorschläge zu ihrer Bekämpfung führen zum Faschismus (!) oder zum Bolschewismus. Die Krise hat monetäre Ursachen und muß infolgedessen durch geldpolitische Maßnahmen überwunden werden. Was ist zu tun?“

„Das Flugblatt“, so berichteten die Herausgeber weiter, „enthielt sämtliche geldpolitischen Anträge zum Parteitage und die geldpolitische Resolution der Züricher Krisentagung, die in der deutschen Presse viermal gefälscht worden war, indem man abweichend vom englischen Text an Stelle des Wortes ‚Gold‘ jedesmal Geld setzte.“

Vor und auf dem Parteitag wurde ein Offener Brief an den Ersten Vorsitzenden der SPD, Otto Wels, verteilt. Er wurde mit dem nachstehenden Schreiben des bekannten schwedischen Professors Gustav Cassel eingeleitet:

„Ich fand leider keine Zeit, um das gewünschte Gutachten (zu dem geldpolitischen Antrag Schmölln!) zu schreiben. Ich bin aber daran interessiert, daß die organisierte Arbeiterschaft sich bestimmt auf den Standpunkt stellt, „die fortgehende internationale Goldaufwertung aufs schärfste zu bekämpfen“, wie Sie sich ausdrücken. Ich bin dankbar für weitere Mitteilungen über die Entwicklung dieser Frage in der deutschen Sozialdemokratie.“

Appell an Otto Wels

Der Offene Brief hatte nachstehenden Wortlaut:
Werter Genosse Wels!

Die politischen Erfolge der Nazis und Kommunisten und die Politik unserer Fraktionen im Reichstage und in den Länderparlamenten zeigen, daß die deutsche Wirtschaft und die Partei in einer schweren Krise stehen.

Angesichts dieser verzweifelten Lage erscheint uns rückhaltlose Feststellung der vorhandenen Fehler als unsere unumgängliche Pflicht im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse. Die politische Krise ist die Folge der

Wirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise aber ist keine „Systemkrise“ und keine „Normalkrise“.

Die Wirtschaftskrise ist das Werk einer Gruppe, als deren Exponent der Reichsbankpräsident Dr. Luther zu gelten hat! Wenn die Reichsbank ohne Rücksicht auf die Gold-„Decke“, ohne Rücksicht auf die Wechselkurse das gesunkene Preisniveau wieder auf den alten Stand erhöhen und durch eine aktive Währungspolitik für immer stabilisieren würde (zu diesem Zwecke muß das Geld unter Umlaufszwang gestellt werden, da — wie das Beispiel der Vereinigten Staaten beweist — die Diskontschraube beim Verschwinden des Zinses versagt!) dann würde die Wirtschaftskrise innerhalb kurzer Zeit zum Stillstand und zum Abflauen kommen.

Gestützt auf den in den Massen vorhandenen und von sogenannten „Wissenschaftlern“ künstlich genährten Goldwahn drosselt man — unter dem Vorwand der Erhaltung der Goldparität — den Geldumlauf und opfert die deutsche Arbeiterklasse den Interessen der Baisse-Spekulanten.

Genau vor einem Jahre habe ich Ihnen, Genosse Wels, unter Vorlegung des unveröffentlichten Materials, den Vorschlag gemacht, unverzüglich eine Studienkommission zur schnellen Klärung dieser Fragen einzusetzen. Unter Verzicht auf eine eigene Urteilsbildung und unter Verweigerung jeder mündlichen Unterredung haben Sie sich dem skandalösen Gutachten der sogenannten Forschungsstelle untergeordnet, in dem gewarnt wurde, die Fragen der Geldpolitik überhaupt zu berühren.

Inzwischen hat die Partei die Konjunkturpolitik nach den Wünschen der Forschungsstelle getrieben. Sie hat den Preisabbau propagiert entgegen den klaren Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Stockholm und Zürich. Die Stockung der Wirtschaft und die Erschwerung der Schuldenlasten (zugunsten der Baisespekulanten) infolge des Preisabbaues haben Millionen von Menschen arbeitslos gemacht.

Sie beteiligte sich neuerdings an der Propaganda für die 40-Stunden-Woche, und nicht alle sind so offen wie E. Heilmann, der zugibt, daß das geschehe, damit „die Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge der verschiedenen Art auf ein für die Reichs- und Gemeindekassen tragbares Maß sinken“ — natürlich auf Kosten der bisherigen Vollarbeiter.

Neuerdings stellen Katastrophenpolitiker die „Verwirklichung des Sozialismus als einzige Möglichkeit zur Überwindung der Krisen“ als Tagesordnung auf, ohne zu überlegen, daß „das ferne Ziel des Sozialismus — vom Standpunkte der Realpolitik aus gesehen — eine inhaltlose Forderung ist!“ („Freies Wort“ vom 5. 4. 31), ohne zu beachten, daß „die Probleme des Sozialismus immer schwieriger und verwickelter erscheinen, je näher wir ihnen rücken“ (Karl Kautsky), und ohne auch nur im entferntesten Garantien zu geben, daß ein solcher Versuch in Deutschland nicht den Auftakt gibt zu einem Faschismus nach italienischem oder russischem Muster!

Wenn andererseits — auf den Trümmern der bisherigen Konjunkturpolitik stehend — der Genosse Tarnow auf dem Unterbezirksparteitag in Altenburg erklärte:

„Es gibt keine politische Macht, die die Krise überwinden kann, und wenn wir die Macht erobern würden, dann würde die Arbeitslosigkeit noch schlimmer“,

dann ist das ein Fatalismus, der die Partei an den Abgrund bringt!

Verleugnung des Entwicklungsstandpunktes und Nachbetung kommunistischer Phrasen führen zum Bolschewismus! Fatalistische Passivität gegenüber der Krise aber bedeutet Sieg des Faschismus!

Auf dem Gebiete der Geldpolitik kann mit oder gegen die Reichsbank die Schlacht gegen die Krise — und damit gegen Faschismus und Bolschewismus geschlagen werden.

Sorgen Sie, Genosse Wels, als Parteivorsitzender dafür, daß ohne Rücksicht auf die Warnungen der Forschungsstelle, ohne Rücksicht auf die Interessen der Baissespekulation, ohne Rücksicht auf deren Young-Plan die Fragen der Geldpolitik nicht nur „berührt“, sondern restlos geklärt werden.

Dann wird die Partei im Zeichen einer aktiven Konjunkturpolitik die politische und wirtschaftliche Krise überwinden.

gez. H. Schumann

1. Vorsitzender des Parteivereins Schmölln

Von der Tagungsleitung abgewürgt

In der Folge berichteten die Herausgeber von „Arbeit und Geldpolitik“ über die „seltsame Geschäftsführung des Genossen Lipinski“, des Tagungsleiters des Leipziger Parteitages, durch welche ihre Bemühungen erfolglos blieben:

„Nach Schluß des Referates (Tarnows über „Arzt oder Totengräber des Kapitalismus“) und nach Ankündigung der Diskussion teilte Lipinski mit, daß eine Reihe von Anträgen zu diesem Tagesordnungspunkte vorlägen. Er stellte die Unterstützungsfrage.

Die Delegierten waren durch diese neue und einmalige Art der Geschäftsführung — bei Anträgen, die von Parteiorganisationen gestellt sind und gedruckt vorliegen, erst nochmals die Unterstützungsfrage zu stellen — derart überrascht, daß natürlich der „Antrag 10“ (es wurde nur die Nummer, nicht „Antrag Schmölln“ genannt), nicht genügend unterstützt wurde.

„Damit sind auch die Anträge Nr. 99, 100, 101, 102 (diese standen als Anträge an den Parteivorstand unter Punkt 5 und hätten demnach erst am 2. Verhandlungstage behandelt werden müssen!!!) erledigt“, meinte Lipinski. Auf Protest des Genossen Mäder holte er — die Delegierten hatten noch gar nicht nachgeblättert — die Unterstützungsfrage nach, natürlich wieder mit negativem Erfolg, und schon war die Gefahr, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftsinternationale auf dem Parteitage behandelt und die Währungsfrage berührt würden, überwunden, ohne daß man dagegen zu sprechen und zu stimmen brauchte.“

Aber Genosse Mäder formulierte sofort folgenden neuen Antrag, der von 30 Genossen unterschrieben wurde:

„Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag wird beauftragt, eine grundsätzliche Klärung der aktuellen Währungsprobleme herbeizuführen, um die Parteifunktionäre in den Stand zu setzen — gestützt auf eine parteioffizielle, geldpolitische Auffassung — der hemmungslosen Propaganda der Nationalsozialisten und ihres geldpolitischen Theoretikers Feder wirkungsvoll entgegenzutreten.“

Mäder überreichte diesen selbständigen, genügend unterstützten Antrag dem Tagungsleiter Lipinski und bat um die durch die Parteistatuten gewährleisteten zwanzig Minuten Redezeit zur Begründung. Das wurde ihm zugebilligt, „sobald der Antrag gedruckt vorliegt“. Inzwischen erhielt Mäder das Wort. Da die Anträge der Organisationen nicht mehr, der neue Antrag aber noch nicht auf der Tagesordnung standen, konnte Mäder sich nur mit dem Referat Tarnows beschäftigen.

Erich Mäder gegen Fritz Tarnow

Sobald Mäder, ein glänzender Redner, das Wort nahm, stellte die Tagungsleitung die Lautsprecheranlage im großen Volkshaussaale ab. Dies geschah nur in diesem Falle. Man habe „nur mal probieren wollen, ob es auch ohne Lautsprecher gehe“, erklärte Lipinski hinterher. Laut Parteistenogramm führte Mäder, der in dem unruhigen Saal — ein Teil der Delegierten lief herum und unterhielt sich! — kaum zu verstehen war, unter anderem aus:

„Aus den bisherigen Darlegungen geht in aller Deutlichkeit hervor, daß sich die Partei in einer außerordentlich bedrängten Lage befindet. Die gegenwärtige politische Krise ist eine beinahe zwangsläufige Folge der gegenwärtigen ökonomischen Krise. Ich bin deshalb der Auffassung, daß die Partei ihren grundsätzlichen Standpunkt gegenüber der Krise deutlich aufzeigen sollte.

Genosse Tarnow hat eine ganze Anzahl von politischen und ökonomischen Maßnahmen angegeben, die nach seiner Meinung angewandt werden müssen, um die Krise zu mildern. Darüber hinaus will die Arbeiterschaft etwas Grundsätzliches hören. Sie will hören, wie der Sozialismus aussieht, dem sie entgegengeführt werden soll, um zu erkennen, inwiefern unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reformen abweichen.

Einen Teil der vorgebrachten Krisenerklärungen halte ich für falsch. Ich bin nicht der Auffassung, daß „Überproduktion“ eine Ursache jener unerhörten Krise sei, in der wir uns befinden. Wenn einerseits zahlreiche Warenlager überfüllt sind, auf der anderen Seite aber fünf Millionen Arbeitslose hungern, so liegt das vorwiegend daran, daß die vorhandenen Waren nicht so ausgetauscht werden, wie es erforderlich wäre. Rationalisierung ist ja im Grunde genommen das wirtschaftliche Entwicklungsprinzip vom Steinbeile bis zur modernen Maschine. Ich bin deshalb der Meinung, daß diejenigen, die die Rationalisierung für die Krise verantwortlich machen wollen, sich im Grunde genommen die alten Argumente der Maschinenstürmer zu eigen machen.

Die Behauptung, die Kriegswirkungen und die hohen Reparationszahlungen seien Schuld an der Krise, lehne ich ab. Ich erinnere in dieser Verbindung nur daran, daß auch Amerika und neuerdings auch Frankreich Arbeitslosigkeit haben, vom Siegerstaat England mit seinen 3³/₄ Millionen Arbeitslosen noch gar nicht zu reden.

Auch eine Reihe anderer Krisenerklärungen kann ich nicht unterschreiben. Genosse Naphthali hat am 25. Januar 1931 vor den Funktionären der Metallarbeiter erklärt:

„Ich habe keine Vorstellung davon, was in Deutschland oder den modernen Industrieländern dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft in diesem Augenblicke folgen sollte.“

Es ist meiner Ansicht nach sehr notwendig, daß wir in dieser Zeit, da die Partei in eine absolute wirtschaftliche Passivität geraten ist, uns klar gegenwärtigen sollten, was zu geschehen hat, wenn die Partei zur politischen Macht kommt.

Es ist durch Tarnow und andere eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht worden. Ich halte die meisten davon lediglich für Milderungsmaßnahmen, die zum Teil zwar als solche durchaus empfehlenswert sind, die aber keinesfalls eine grundsätzliche sozialistische Lösung bedeuten. Der Preisabbaupropaganda lag eine verhängnisvolle Illusion zugrunde. Wer geglaubt hat, daß der Arbeiterschaft dadurch geholfen werden könnte, muß nunmehr erkennen, daß der Lohn-

abbau dem Preisabbau — wie immer — weit vorausgeeilt ist und daß dadurch das Elend der Arbeiterklasse gesteigert wurde.

Der internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm hat sich im Vorjahre auf den Standpunkt der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes gestellt. Dieser Kongreß und ebenso die internationale Krisentagung des IGB und der SAI, die vor einigen Monaten in Zürich stattgefunden hat, kamen zu der Überzeugung, daß das ewige Auf und Ab der Preise krisenverschärfend wirken muß. Auf diese wenigen Probleme hätte Genosse Tarnow heute eingehen müssen.

Ich halte die Vierzigstundenwoche für eine Solidaritätsmaßnahme, die aber nicht im geringsten neue Arbeitsgelegenheiten schafft. Sie legt das Elend nur auf die noch in Arbeit Stehenden um und ist zwar als eine vorläufige Hilfsmaßnahme, nicht aber als eine Maßnahme zur endgültigen Überwindung der Krise anzusehen.

Weiterhin ist das neunte Schuljahr als Kampfmittel gegen die Krise vorgeschlagen worden. Es wurde sinngemäß erklärt: „Wir wollen einen weiteren Jahrgang der jungen Generation in die Schule schicken, daraus ergibt sich eine Entlastung des Arbeitsmarktes.“ Ich begrüße diese Forderung aus pädagogischen Gründen der Massenbildung durchaus, bin aber nicht der Meinung, daß man dadurch, daß die Hungernden in die Schule geschickt werden, die Kernprobleme der Krise an der Wurzel anpackt.

Ich komme nunmehr zu dem Problem, das mir besonders wichtig erscheint. Genosse Tarnow ist auf die währungs- und geldpolitischen Probleme nicht eingegangen. Wir leben, wie das Internationale Arbeitsamt, aber auch die Gewerkschafts- und die Parteiinternationale wiederholt festgestellt haben, in der Zeit einer enormen Goldaufwertung. Das vorläufige Ergebnis der Goldwährung ist eine Deflation mit all ihren wirtschaftsschädigenden Wirkungen.

Der Nationalsozialist Gottfried Feder hat die Behauptung aufgestellt, nur Nationalsozialisten seien in der Lage, das Elend der Arbeitslosigkeit finanzpolitisch zu überwinden. Ich glaube, nach den Auseinandersetzungen zwischen Feder und Genossen Nöltig ist es kaum noch notwendig, auf die offensichtlichen Inflationstendenzen der Nazivorschläge einzugehen. Ich halte diese Vorschläge geradezu für verbrecherisch.

Ich halte aber auch für sinnlos und widerspruchsvoll, was die Russen währungspolitisch getan haben. Ich hatte 1926 selbst Gelegenheit, mich mit dem russischen Finanzminister über die Probleme der russischen Währungspolitik zu unterhalten. Ich sehe eine ganze Fülle der ökonomischen und sozialen Fehlschläge der russischen Politik darin begründet, daß auf dem Gebiete der Währung und Finanzpolitik geradezu tolle Bocksprünge gemacht wurden. Auch wenn die Produktionsmittel zu 100 Prozent verstaatlicht würden — was übrigens für die Sowjetunion keinesfalls zutrifft — wäre es, wie Rußland beweist, noch nicht möglich, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen.

Wenn heute in Rußland Finanzkapitalisten 16 oder 20 Prozent Zinsen, also arbeitsloses Einkommen beziehen, trotz der angeblich sozialistischen Tendenz des Aufbaues, so kann man darüber nur verwundert sein. Der angebliche „Aufbau“ der Sowjetunion vollzieht sich eindeutig zu Lasten der Arbeiterklasse. Man beutet die Arbeiterschaft auf das schlimmste aus und versucht auf diese Weise mit Unterstützung jener üblen Dumping-Wirtschaft, die Rußland gegenüber Westeuropa treibt, die russischen Verhältnisse zu sanieren. Die unsoziale Tendenz der russischen Wirtschaftspolitik erklärt sich vor allem daraus, daß die Währungspolitik und damit der Gütertausch in Rußland vollkommen versagt haben.

Ich habe einen Antrag zur Frage der Währungspolitik eingebracht, der hinreichend unterstützt ist. Die Besprechung dieses Antrages wird mir hoffentlich die Gelegenheit geben, auf die Irrungen der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik einzugehen. Abschließend möchte ich sagen:

Es kommt mir darauf an, daß wir als Sozialdemokraten jene großen währungs- und finanzpolitischen Ziele verfolgen, die die Gewerkschaftsinternationale, die englische Arbeiterpartei und das Internationale Arbeitsamt vertreten, nämlich das Ziel der Stabilisierung der Preise und damit einer Belebung der Wirtschaft. Weiterhin aber erscheint mir notwendig, zu zeigen, wie in Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen eine aktive Konjunkturpolitik getrieben werden kann."

Bis zum bitteren Ende

In „Arbeit und Geldpolitik“ wurde dann weiter berichtet:

„Bevor Genosse Mäder die Rednertribüne verließ, fragte er Lipinski, wann der Antrag denn gedruckt vorliegen werde, und erhielt die Antwort: ‚Wir haben es uns anders überlegt. Das ist gar kein selbständiger Antrag. Wir können Ihnen das Wort nicht nochmals erteilen.‘

Damit war endgültig die ‚Gefahr‘ einer ‚Berührung der Währungsfrage‘ auf dem Parteitage beseitigt.“

An den folgenden Tagen verfuhr man nach den allgemein üblichen Grundsätzen, d.h. Anträge der Parteiorganisation blieben ohne Unterstützungsfrage auf der Tagesordnung, und der Lautsprecher blieb eingeschaltet.

Laut offiziellem Parteitagsbericht, der gedruckt wurde, sagte später der Delegierte Heinig, Berlin, der 1933 nach Schweden emigrierte:

„Es gibt auch in der Politik Leute, die alles wie der Prophet Weißenberg mit weißem Käse heilen möchten. . . Es ist doch ein Irrtum, daß das kapitalistische System nur daran krankt, daß die Währung nicht in Ordnung ist. Wenn das Thermometer korrigiert wird, wird die Temperatur nicht anders.“

Nach dem Parteitagsbericht löste er damit „Heiterkeit“ und den Zuruf „Sehr gut!“ aus. Wieviele dieser „Heiteren“ mögen nach 1933 ihre Heiterkeit mit Verfolgung und Tod bezahlt haben?

Vor der Drucklegung des Parteitagsberichts wurden folgende Stellen aus dem Schlußwort Tarnows gestrichen:

„Ich habe einen heiligen Respekt vor der Währungsfrage. Man muß, um darüber urteilen zu können, die Geschichte aller Währungen kennen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Preisänderungen davon abhängen, wieviel Gold in Kapland und anderswo gewonnen wird. Ich glaube nicht, daß bei denen, die in Schmölln den Antrag angenommen haben, die Voraussetzung zur Beurteilung dieser Fragen vorhanden ist. Man kann darüber auch keine Abstimmung auf Parteitag herbeiführen, da auch bei den Parteitagsdelegierten die Voraussetzungen fehlen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß man diese Fragen zum Gegenstand seines Privatstudiums macht, aber man soll damit nicht die Parteiorganisation belästigen.“

Tarnow entzog sich den Folgen seiner Politik wenige Monate später durch seine Emigration. Seine Opfer nahmen am 9. Juli 1931 einstimmig folgende Resolution an:

„Wir betrachten die vom Genossen Tarnow aufgestellten Behauptungen, den Schmöllner Antragstellern fehlten die Voraussetzungen zur Beurteilung der Währungspolitik“ als eine Herabwürdigung, die wir zurückweisen.

Die Partei kann die Massen nur gewinnen, wenn sie ihnen Wege einer aktiven Konjunkturpolitik zeigt. Da das in Leipzig nicht geschehen ist, fordern wir erneut, daß die Parteileitung von sich aus unverzüglich die im Antrage Schmölln enthaltenen Vorschläge durch vorbehaltlose Sachverständige prüfen läßt."

Ähnliche Resolutionen wurden in ganz Ostthüringen angenommen — sie blieben unbeantwortet.

Am 1. September 1931 schlug der sozialdemokratische Parteiverein Schmölln dem SPD-Parteivorstand vor, einen Volksentscheid gegen das Krisenverbrechen durchzuführen mit den Forderungen:

1. Die Reichsbank-Aktiengesellschaft wird verstaatlicht.
2. Das staatliche Noten-Institut hat die Kaufkraft des Geldes gegenüber dem Warendurchschnitt (Index) zu stabilisieren.

Der Wortlaut wurde den Beschlüssen der Gewerkschafts- und der Sozialistischen Internationale entnommen, und in der Schriftenreihe „Arbeit und Geldpolitik“ wurde darauf hingewiesen, daß „jedes ablehnende, lächerlich machende, heruntersetzende Wort“ sich gegen diese Beschlüsse richte. Die Herausgeber der Schriftenreihe betonten erneut:

„Die Partei, die heute den entscheidenden Schritt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erkennt, hat morgen die Mehrheit und die Macht.“

Den Antragstellern schrieb Prof. Dr. Th. Lessing, Hannover:

„Natürlich befürworte ich mit Freude die beiden gerechtfertigten Forderungen. Jedenfalls stimmen wir im Kampfe gegen die Goldwährung ganz überein, und es würde mich sehr freuen, in diesem Sinn nützlich sein zu können.“

Prof. Dr. Albert Hahn, Frankfurt, erklärte:

„Ich bin in der Tat der Ansicht, daß die Steigerung der Kaufkraft des Geldes eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise darstellt. Ich bin auch der Auffassung, daß dem Problem der Geldwertstabilität lange nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet wird und daß die Möglichkeit, durch monetäre Maßnahmen konjunkturbelebend zu wirken, in geradezu sträflicher Weise vernachlässigt wird.“

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, Ausgabe Nr. 28, schrieb Dr. Wilhelm Grotkopp:

„Als letzter und einziger Zweck der Geldpolitik ist die Preisstabilisierung und die Behauptung der Preisstabilität ins Auge zu fassen.“

Das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Woytinsky erklärte:

„Die dringendste Aufgabe einer aktiven Konjunkturpolitik ist die Stabilisierung der Preise auf dem Weltmarkte, die nur von der Währungsseite her mittels planmäßiger Geldschöpfung und Einschaltung zusätzlicher Kaufkraft erreicht werden kann.“

Aus der Schweiz ließ sich Prof. Dr. Marbach von der Universität Bern vernehmen:

„In Deutschland fehlt es nicht an Kapital, es fehlt nur an umlaufendem Gelde.“

Die Herausgeber der Schriftenreihe „Arbeit und Geldpolitik“ führten insgesamt 17 solcher Zustimmungen zu ihrer Forderung nach dem Volksentscheid an. Der Parteivorstand der SPD aber teilte den Antragstellern nach längerer Zeit, ohne zur Sache selbst Stellung zu nehmen mit, die Durchführung eines solchen Volksentscheides sei „zu teuer“. Was dann und infolgedessen nach 1932 kam, war gewiß „billiger“.

Ans goldene Kreuz genagelt

Nicht nur in Deutschland behaupteten sich die Mächte des Goldes. Unter der Überschrift „Die englische Arbeiterregierung als Opfer der Geldpolitik“ zitierten die Herausgeber von „Arbeit und Geldpolitik“ aus einem Bericht von John Littlegrove, einem Mitglied der britischen Statistical Society und der Economic Society in London:

„Wenn je eine Regierung dem ‚Gold‘ zum Opfer gefallen ist, so sicher die englische Arbeiterregierung Macdonalds.“

Dr. Addison, der Ackerbauminister der Arbeiterregierung, bestätigte:

„Die Pistole, die die ganze Zeit unter unsere Nase gehalten wurde, war nicht in den Händen der Gewerkschaften, sondern in den Händen der Beherrscher des Geldmarktes.“

Sein Kollege Mr. Tom Johnston, Arbeitsbeschaffungsminister und Verwalter des königlichen Siegels, ließ sich nach dem Rücktritt der Arbeiterregierung vernehmen:

„Sie verlangten ein Herunterschneiden der Arbeitslosenunterstützung. Sie wollten die Menschheit ans ‚goldene‘ Kreuz genagelt sehen. Wir verweigerten mit Bestimmtheit und traten zurück. Das ist die ganze Geschichte.“

Auf den Gedanken, dieses goldene Kreuz zu zerschlagen, kam man offenbar gar nicht. Immerhin trat die Arbeiterregierung damals zurück. Heute „nagelt“ die Labour-Regierung Wilson eifrig mit.

„Arbeit und Geldpolitik“ zitierte in diesem Zusammenhang aus dem „Berliner Tageblatt“ vom 8. August 1931:

„Geld ist der Diktator, der heute England regiert. Dem Gelde ist Dr. Luther durch die Lüfte nachgejagt, Anleihebedürfnisse brachten Dr. Brüning nach Paris und London, mit goldenen Waffen holte Frankreich gegen die Bank von England aus, auf Gold und Dollar wurde schließlich die Einigung geschrieben, die der Bank von England einen Eine-Milliarden-Kredit verschaffte und die heute hier als die größte internationale Bankpolitik unseres Jahrhunderts gefeiert wird.“

Die Herrschaft des Parlaments hat sich unter Königen und Königinnen behauptet. Neben der Geldautokratie trat sie in den Schatten.“

„New Leader“, ein Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, schrieb zur gleichen Zeit:

„Die Arbeiterregierung unter Führung von Mr. Snowden befand sich von Anfang bis zum Ende in den Klauen der Finanz. Sie machte sich die Ansicht der letzteren über ‚gesunde‘ Finanzierung zu der ihrigen. Sie hielt sich von jeder Politik der Kreditausdehnung und Wirtschaftsentwicklung zurück. Sie durfte den Kredit nicht mobilisieren, um die Ar-

beitslosen an die Arbeit zu bringen. Sie versuchte letztlich das gesamte wirtschaftliche Leben der Nation den Bedürfnissen der Geldverleiherzunft anzupassen. Die Arbeiterregierung war im Amte — die Bank von England regierte.“

Kuschen vor den Notenbanken

Wie in London die Bank von England, so regierte in Berlin die Deutsche Reichsbank, während die Regierung Brüning „im Amt war“ und mit Notverordnungen Not verordnete. Der Deutsche Reichstag wurde ausgeschaltet — mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Als im Juni 1931 die Deutsche Volkspartei die Einberufung des Reichstages forderte, drohte die Regierung Brüning zurückzutreten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wandte sich in der Folge mit einem Flugblatt an die Bevölkerung, in dem es hieß:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich einmütig gegen den unsozialen Charakter der Notverordnung ausgesprochen. Trotzdem hat sie die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Sie forderte die Einberufung des Hauptausschusses. Das Kabinett hatte am Dienstagvormittag den Beschluß gefaßt, zu demissionieren, sobald der Ältestenrat entweder den Reichstag oder den Hauptausschuß einberufen werden würde.

In den Abendstunden hat Dr. Brüning der Einberufung des Hauptausschusses zugestimmt. Er hat Verbesserungen der Notverordnung zugesagt. Der Hauptausschuß soll freilich erst am 1. August einberufen werden.

Die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung soll durch eine neue Regelung ersetzt werden. Der Lohnabbau der Gemeindearbeiter wird gemindert. Für die Saisonarbeiter wurden Verbesserungen zugesagt.

All das genügt der Sozialdemokratie keineswegs! All das vermag die Sozialdemokratie nicht zufrieden zu stellen. Trotzdem hat sie die Verständigung mit dem Kabinett herbeigeführt. Was waren die Gründe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion?

Denkt selber nach! Seit dem 26. Mai verlor die Reichsbank mehr als eine Milliarde Mark an Gold und deckungsfähigen Devisen. Sie verlor am 12. Juni 214 Millionen, am 13. Juni 109 Millionen, am 15. Juni 63 Millionen, insgesamt 386 Millionen.

Der Katastrophenbeschluß der Volkspartei auf Einberufung des Reichstages kostete der Reichsbank allein 214 Millionen. Die Folgen eines Regierungssturzes wären unübersehbar gewesen. In ihren besten Zeiten verfügte die Reichsbank über 3,08 Milliarden, heute über etwa 1,7 Mil-

liarden Gold und Devisen. Die umlaufenden Geldscheine müssen zu 40 Prozent gedeckt werden. Zur Zeit sind in den Kassen der Reichsbank noch soviel Reserven vorhanden, um das umlaufende Papiergeld um nur etwa weitere 400 Millionen zu erhöhen. Die Notenbanken haben die Gewährung des Überbrückungskredites von der Nichteinberufung des Reichstages und des Hauptausschusses abhängig gemacht. Wird der Überbrückungskredit nicht gewährt, dann ist der Hamburgische Staat bereits am 24. Juni 1931 am Ende seines Lateins und kann die fälligen Löhne nicht mehr zahlen.

Reich, Länder, Gemeinden und die Arbeitslosenversicherung weisen zur Zeit Fehlbeträge in Höhe von 2440 Millionen auf. Die Ablehnung der Notverordnung hätte die Gemeinden in eine völlig untragbare Situation gebracht. Jedwede Möglichkeit auf Gewährung kurzfristiger Kredite wäre unterbunden gewesen. Die Fehlergebnisse ergeben sich aus Mindereinnahmen an Steuern und dergleichen. . . 1310 Millionen für Unterstützung der Arbeitslosen . . . 1310 Millionen, insgesamt 2440 Millionen.

Durfte die sozialdemokratische Partei unter diesen Umständen die Opfer der Wirtschaftsnot kurzerhand einem großkapitalistischen Direktorium überlassen? Das war das Ziel der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Das war das Ziel, das auch die Deutsche Volkspartei verfocht.

Wer sollte an die Spitze des Direktoriums treten? Herr Dr. Schacht! Am 15. Februar 1930 verhöhnte Herr Dr. Schacht bei einem üppigen Mahl in Bremen Arbeitslose und Sozialrentner aller Art wie folgt:

„Unser Ideal ist das Ideal des Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsscheine einschließlich der Sterbekasse mitbekommt.“

Das also sollen die Retter sein! Durfte die Sozialdemokratie einem solchen Direktorium die Wege ebnen? Durfte die Sozialdemokratie den völligen Zusammenbruch ermöglichen? Lag das im Interesse der Arbeitslosen, der Sozialrentner, der breiten Masse des schaffenden Volkes? Nein! Darum hat die Sozialdemokratie die Regierung Dr. Brüning vorläufig weiter toleriert. Sie tat das in größter Sorge um die breiten arbeitenden Massen.

Urteilt selbst, ob sie anders handeln durfte! Es ging um Sein oder Nichtsein des schaffenden Volkes!“

Dem Geldkapital die „Chance“ fallender Preise

Das Flugblatt zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie Weimar „verramscht“ wurde — durch die großen Parteien.

„Einmütig“ war sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der

Beurteilung des unsozialen Charakters der Notverordnungen. Diese Notverordnungen hätten durch den Reichstag verhindert werden können. Aber die (internationalen!) Notenbanken erklärten, sie würden der Reichsbank die „Golddeckung“ entziehen, wenn der Reichstag oder auch nur der Hauptausschuß des Parlaments einberufen würde. Die Regierung Brüning beugte sich diesem Diktat ausländischer Banken, und die SPD, von deren „Tolerierung“ das Kabinett Brüning abhing, kroch ebenfalls aufs goldene Kreuz. Sie hängte sich selber und die Weimarer Demokratie an der unsinnigen Wahnvorstellung auf, das „umlaufende“ Papiergeld müsse „zu 40 Prozent gedeckt werden“. Hier rächte es sich, daß die Parteiführung sich sklavisch jenen „Experten“ unterworfen hatte, die vor einer „Berührung der Währungsfragen“ warnten.

Als es „um Sein oder Nichtsein des schaffenden Volkes“ ging, opferten die großen Parteien dieses Volk den Interessen der hinter den „Notenbanken“ stehenden internationalen Finanzkreise. Diese fürchteten, die Völker würden es lernen, ihr wirtschaftliches Gleichgewicht ohne Gold zu sichern, und sie selber würden mit der „Goldblase platzen“, wie sich später der britische Generalmajor Fuller in seinem Buche „Der erste der Völkerbundkriege“ ausdrückte.

Man müsse dem Geldkapital die Chance fallender Preise lassen, hatte der Bankier Dr. h. c. Robert Pferdenges, „Freund“ des späteren westdeutschen Bundeskanzlers Dr. h. c. Konrad Adenauer, gefordert. Erich Mäder wandte sich in der ersten Ausgabe der Schriftenreihe „Arbeit und Geldpolitik“ des Jahres 1932 gegen Reichskanzler Dr. Brünings „letzte“ Notverordnung, durch welche die Preise durch den Preiskommissar Goerdeler um mindestens zehn Prozent und sogar noch weiter gesenkt werden sollten — zur Freude des Geldkapitals, dessen realer Wert um den gleichen Prozentsatz stieg. Mäder stellte fest, daß die kapitalistische Presse, deren Auftraggeber an der weiteren hemmungslosen Steigerung der Deflationsgewinne interessiert seien, den Deflationskanzler Dr. Brüning über den grünen Klee lobte. Die Wiener Arbeiterzeitung nenne dagegen seine Notverordnung ein „elendes Pfuschwerk“.

„Reichsbanner“-Führer Hörsings Fall

In Schmölln hatten am 16. Dezember 1931 600 bis 700 SPD- und Reichsbannermitglieder in einer Resolution gefordert:

„Die katastrophale Wirtschaftslage wird verschärft durch die wahnsinnige Deflation, die unsere Wirtschaft mit jedem Tage näher zum Abgrund bringt.“

Die SPD-Führung blieb jedoch ebenso uneinsichtig wie die Reichsregierung. Gewichtige Oppositionelle wurden „abgewürgt“, wie der „Fall Hörsings“ zeigt. Am 1. Oktober 1931 hatte Hans Schumann vor einem kleinen, vom Bundesvorsitzenden des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und Re-

gierungspräsidenten von Magdeburg Otto Hörsing geladenen Kreise einen Vortrag über Ursachen und Überwindung der Krise gehalten. Darüber berichtete „Arbeit und Geldpolitik“:

„Der Genosse Hörsing stimmte in nahezu allen Punkten bei. Er betonte vor allem, daß ‚wir alle vor die Hunde gehen‘ würden, wenn es uns nicht gelänge, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Die Reparationslasten seien für die deutsche Wirtschaft nicht so furchtbar entscheidend, wie man das jetzt auch in Gewerkschaftskreisen hinstelle. Er erklärte sich als scharfer Gegner des Bettelns um Auslandsanleihen. Als Mitglied des Reichswirtschaftsrates sei er für die Beibehaltung der Rentenmark eingetreten. Die Goldwährung sei durchaus nicht aus psychologischen Gründen wieder eingeführt, sondern uns aufgezwungen worden. Zur Verständigung mit dem französischen Volke brauchten wir keine Goldwährung. Die Frage der Geldpolitik sei wichtig für jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er werde unsere Bestrebungen unterstützen und ‚uns den Weg ebnen‘.

An der Diskussion beteiligte sich auch Herr Krohn, Häusermakler und Bundesschatzmeister des ‚Reichsbanner‘. Er warnte vor einer Änderung des Geldsystems und einem Angriff auf die Goldwährung. Hörsing versicherte jedoch nochmals, daß er die große Bedeutung dieser Fragen einsehe und ihre Klärung fördern werde!“

In der „Marxistischen Tribüne“ wurde Hörsing daraufhin von Arkadij Gurland heftig angegriffen. Die Hauptwut Gurlands richtete sich gegen die geldpolitische Seite von Hörsings Vorschlägen: „Sein Kernstück ist inflationistische Kreditausweitung und man fragt sich nur, welchen besonderen Interessenten die Kredite zugute kommen sollten.“

„Arbeit und Geldpolitik“ bemerkte hierzu:

„Es hat natürlich keinen Zweck, sich mit Arkadij Gurland über diese Frage zu streiten. Die offensichtliche Vorliebe seiner Freunde für die Deflationsinteressenten ist ja bekannt. Daß Hörsing ohne Rücksicht auf diese Deflationsinteressenten — aber im Einklang mit den gegen Naphtali gefaßten Beschlüssen des IGB — sich nur dagegen wehrt, daß die internationale Hochfinanz auch die deutsche Wirtschaft durch Geld- und Kreditdrosselung mit Hilfe der Goldwährung erwürgt und die Inflation geradeso bekämpft, wie wir es tun, ist ebenso offensichtlich. Es ist aber wirklich eine unglaubliche Anmaßung, wenn Arkadij Gurland einem Otto Hörsing die politische und organisatorische Qualifizierung abspricht und — ‚Konsequenzen‘ fordert. . . Interessant ist, daß Arkadij Gurland bedauert, daß Hörsing von den verantwortlichen Instanzen des Reichsbanners als Bundesleiter bestätigt worden ist, obwohl ‚es ursprünglich anders beschlossen war‘. Vielleicht erfährt man einmal, wo dieser andere Beschluß gefaßt worden ist. . .“

Kurze Zeit später wurde Hörsing gestürzt — „wie es beschlossen war“!

Letzter Appell

Als alle Bemühungen, noch in letzter Minute den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie durch einen „Krieg gegen die Krise“ zu verhindern, am Widerstand der SPD-Führung zu scheitern drohten, gaben Mäder und Schumann im Juni 1932 einen „Letzten Appell“ heraus. Sie zitierten Professor Gustav Cassel:

„Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht bald beginnt. Vergeßt niemals, daß die Stunden, die uns zum Wiederaufbau gelassen sind, vielleicht kurz sind.“

Unter weiterem Hinweis auf den Redakteur Williams vom „Daily Herald“ der gemahnt hatte:

„Nur durch richtige Geldpolitik können wir Herren unseres wirtschaftlichen Schicksals werden“,

wandten sich die Appellanten zum letzten Mal „an die Parteiinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Sie schrieben:

„Die Brüning-Regierung ist gestürzt . . . Ein moralisches Recht, über Brüning zu richten, haben die Finanzsachverständigen nicht, die an der Deflations-Goldwährungspolitik nicht rütteln wollen. Die Weltwirtschaftskrise hat geldpolitische Ursachen (Verringerung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge!) und kann nur durch geldpolitische Maßnahmen wirksam bekämpft werden.

Wir haben zwar bisher nicht erreicht, die Parteiinstanzen zu einer vollständigen Prüfung der international diskutierten Forderung einer aktiven, d. h. geldpolitischen Konjunkturpolitik zu veranlassen, bzw. ihre Prüfung durch unbelastete Sachverständige herbeizuführen. Aber wir haben immerhin die Genugtuung, daß alle unsere wirtschaftlichen und politischen Prognosen auf Grund unserer Wirtschaftsansichten richtig und alle offiziellen falsch waren.

Als die maßgebenden Sachverständigen die Unterzeichnung des Young-Planes forderten und alles taten, damit die Vorverhandlungen nicht „gestört“ würden, haben wir gewarnt, den goldenen Blankowechsel zu unterzeichnen! Und heute?

Als die offiziellen Sachverständigen den Preisabbau forderten, haben wir das als Selbstmord bezeichnet! Und heute? . . .

Die Parole: ‚Rettet die Republik!‘ muß versagen, wenn die Republik keine Arbeit schafft . . . die Partei wird sterben, der Faschismus wird siegen, wenn es nicht gelingt, die Parole ‚Krieg der Krise‘ zu unserer Kampfparole zu machen.“

Nach einer nochmaligen Formulierung der erforderlichen Maßnahmen — Beseitigung der Geldhortung, Wiederherstellung des Preisniveaus von 1928

und Stabilisierung des Preisstandes durch ein umlaufgesichertes Geld — schloß dieser „Letzte Appell“:

„Da sachliche Gründe gegen diese Forderungen nicht existieren, kann die Partei, gestützt auf ihren Organisations- und Presse-Apparat, in kürzester Zeit die Mehrheit des deutschen Volkes für dieses Programm gewinnen — wenn ihre Führer wollen.“

Da sie es nicht zu wollen wagten, ging die Weimarer Demokratie kläglich zugrunde.

Hat man aus der Geschichte Weimars gelernt?

„Es bleibt“ (in Bonn!) „ein Wirrwarr der Maßnahmen und Unterlassungen, der zum Wirrwarr der Ziele paßt“, stellte „DIE WELT“ am 10. 7. 1969 unter Bezugnahme auf die „Konjunkturpolitik der CDU, SPD und FDP fest. Dort hat man also offenbar nichts gelernt.

Ja, der Vorsitzende der „Freien Demokraten“, Scheel, ließ auf eine Frage seinen „Experten“ antworten:

„Um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß weder die FDP, noch die sonstigen Parteien oder auch die Bundesregierung die Möglichkeit haben, die Bundesbank zu einer bestimmten Politik zu zwingen. Wir können ihr nur Vorschläge machen in der Hoffnung, daß sie sich unsere Argumente zu eigen macht.“

Und Adolf v. Thaddens NPD lobte Schiller, daß er die SPD „fest an die Kette“ dieser „autonomen“ Bundesbank gelegt habe — an der also offenbar auch seine „nationale“ Partei liegt.

Wie man sieht, haben die Bonner Demokraten aus dem Versagen der Weimarer Demokraten nichts gelernt. Da sie es nicht wagten, eine aktive Währungspolitik durch die Verfassung vorzuschreiben, mußten sie zusehen, wie 1966 durch die „autonome“ Bundesbank eine Rezession hervorgerufen wurde, über deren Auswirkungen „DIE ZEIT“ am 13. Juni 1969 schrieb:

„Die erste und bisher einzige Staatskrise, die die Bundesrepublik erlebt hat, wurde ausgelöst, als das ökonomische Fundament gefährdet schien. Nichts hat unser Land so erschüttert, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 1965/66 und die nachfolgende Rezession. Keine andere Krise hat zu einem Kanzlersturz geführt, keine die Möglichkeit eröffnet, daß beinahe über Nacht die seit 1949 etablierte Macht fällt und die Sozialdemokratie die politische Führung übernimmt. Allerdings war

auch nie zuvor die Stunde so günstig für die Radikalen von rechts und links. Es wäre nicht auszudenken, wenn es der Großen Koalition nicht gelungen wäre, den wirtschaftlichen Rückschlag zu überwinden und wieder Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur herzustellen.“

Aber aus der „Rezession“ geriet man nur wieder in eine Überhitzung, die zudem erkaufte wurde durch Schmälerung der Arbeitseinkommen und weitergehende Staatsverschuldung. Nach uns die Sintflut!

Einige Äußerungen „führender“ Bonner Politiker nur mögen die Hilflosigkeit zeigen, mit der man heute den gleichen Problemen gegenübersteht, an denen die Weimarer Politiker scheiterten.

In Bezug auf die Politik seines Wirtschaftsministers Schiller sagte der Bundeskanzler der Großen Koalition Kiesinger:

„Währungsmanipulationen sind gefährlich. Zickzackkurs und schöne Worte schaffen nur Wirrwarr und Illusionen.“

Und in Bezug auf seine SPD-Ministerkollegen:

„Dümmer und katastrophaler kann es gar nicht kommen.“

Schiller seinerseits nannte Kiesingers Währungsansichten „schiere Volksverdummung“ und „dummes Zeug“!

Der stellvertretende Parteivorsitzende der F. D. P., Genscher, erklärte:

„Die Ratlosigkeit und Zerstrittenheit der führenden Regierungsvertreter gegenüber der bedrohlichen Preis- und Währungssituation mache deutlich, daß die Große Koalition dem wirtschaftlichen Offenbarungseid entgegensteuere“ — den seine Partei durch die Erklärung ihres Vorsitzenden Scheel (sh. S. 49) bereits abgelegt hat!

Am 7. August 1969 behauptete der Vorsitzende des Arbeitskreises „Steuern und Finanzen“ der Bundestagsfraktion der CDU/CSU Dr. Pohle im Fernsehen:

„Ich habe noch keine nationalökonomische Schule gefunden, trotz allem heftigen Bemühens, die es fertig bekommen hätte, den Konjunkturablauf so zu steuern, daß es eben kein Auf und Ab der Konjunkturen mehr gibt.“

Hören wir noch den „Hüter“ der westdeutschen Währung, Luthers Nachfolger Karl Blessing. Nach dem Verlassen einer Kabinetts-Sitzung äußerte er, er habe noch nie soviel Unsinn über Währungsfragen auf einmal gehört er selber aber schrieb an „DIE WELT“, Krisen folgten den Konjunkturen „wie die Nacht dem Tage“, ein „Unsinn“ den man einem Nachtwächter nicht übelnehmen, einem Währungsfachmann aber nicht abnehmen kann.

Wir stellen diesem Wirrwarr und dieser Blindheit die freisoziale Erkenntnis entgegen:

die umlaufgesicherte Indexwährung bei freien Wechselkursen durchbricht diesen Teufelskreis des „Konjunkturzyklus“ und beendet die Macht des Geldes über die Arbeit und über die Demokratie.

Wer den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen, schließt sich der FREISOZIALEN UNION FSU — Demokratische Mitte — an.